Nr. 285 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 7. Dezember 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44. Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 24605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Das Bündnis Sowjetrußlands mit der deutschnationalen Militärreaktion.

Gemeinsame Flugzeug-, gemeinsame Giftgas- und Granatenfabrikation. / Militärkonvention zwischen der deutschen Generalität und den russischen Bolschewisten.

Von der Weltrevolution zur Kontrerevolution.

Die Komplicen.

London, 7. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Unter dem Titel „Berliner militärische Transaktionen" und mit dem Untertitel „Das Reichswehrministerium als Komplice" setzte der „Manchester Guardian" seine „von einem Korrespondenten" stammenden Enthüllungen fort:

„Die im „Manchester Guardian" vom Freitag gemachten Mitteilungen werden in Berlin offiziell dementiert, das Dementi ist jedoch so formuliert, daß es eine kategorische Verneinung vermeidet. Ich bin nunmehr in der Lage, den Ausführungen, die sich auf die **Vereinbarungen zwischen dem deutschen Reichswehrministerium, den Junkers-Werken und der russischen Regierung hinsichtlich der Errichtung einer Kriegsindustrie in Rußland** bezogen, weitere Einzelheiten hinzuzufügen. Die Tatsachen sind kurz folgende: Das deutsche Reichswehrministerium trat im Sommer 1921 an die Junkers-Werke heran und lud sie zu einer Zusammenarbeit bei gewissen Plänen ein. Sie (die Junkers-Werke) wurden dahin unterrichtet, daß die deutsche Regierung diese Pläne mit großen Geldmitteln stütze, und daß **führende deutsche Rüstungsfirmen bereits Fachleute nach Rußland gesandt hätten. Die Pläne gingen dahin, eine Kriegsindustrie für deutsche Zwecke auf russischem Boden ins Leben zu rufen, wobei die finanziellen Lasten von den Deutschen getragen werden sollten.** Die Aufgabe der Junkers-Werke sollte die Erzeugung von Luftfahrzeugen sein, von denen einige von den Russen übernommen werden sollten, **die größere Anzahl jedoch Deutschland zur Verfügung stehen sollte.** Die Junkers-Werke zögerten, aber **das deutsche Reichswehrministerium drängte sie, diesen Auftrag als patriotische Pflicht anzunehmen. Die Angelegenheit sei politischer und militärischer Natur. Das war der Standpunkt des Ministeriums, und das Ministerium erklärte sich bereit, das geschäftliche Risiko und eventuelle Verluste aus eigenen finanziellen Hilfsmitteln zu decken. Nur unter ständigem Druck wiederholter Versicherung von seiten des Reichswehrministeriums, diese Garantie zu übernehmen, stimmten die Junkers-Werke, wenn auch mit größtem Mißbehagen, schließlich zu.**

Im Dezember 1921 besuchte eine aus vier Personen bestehende Delegation, zwei Vertreter von Junkers und zwei Vertreter des Reichswehrministeriums, Moskau, um der russischen Regierung einen Vertragsentwurf zu unterbreiten. Das Kapital, welches das deutsche Reichswehrministerium der Firma zur Verfügung zu stellen sich erboten hatte, betrug **21 Millionen Goldmark.** Das Ministerium bestand auf absoluter Vertraulichkeit. Die vier Delegierten reisten unter angenommenen Namen mit falschen Ausweispapieren. Die Russen zeigten große Bereitwilligkeit, zu einem Abkommen zu kommen, da zu jenem Zeitpunkt die Stimmung zwischen Rußland und Polen gespannt war. Bei den Verhandlungen sowohl als in der Korrespondenz wurde das deutsche Reichswehrministerium aus Gründen der Vertraulichkeit nur als „S. G." bezeichnet, zwei Buchstaben, die „Sondergruppe" bedeuten sollten. Dessau, der Standort der Junkers-Werke, wurde Leipzig, Flugzeuge wurden „Fälle" genannt. Die Geschichte der Verhandlungen ist lang und verwickelt. Für die Schwierigkeiten waren teilweise die Russen verantwortlich, die nichts glauben wollten und stets unmittelbar positive Ergebnisse wünschten; **ein Teil der Schwierigkeiten war auf die geschäftliche Unfähigkeit des deutschen Reichswehrministeriums zurückzuführen.** (Die Verhandlungen lagen weitgehend in den Händen von Reichswehroffizieren.) **Teilweise waren** die Schwierigkeiten auf die wachsenden Zweifel zurückzuführen, welche die Junkers-Werke darüber **empfanden, ob das Ministerium tatsächlich das behauptete Kapital besitzt.** Die Stellung der Junkers-Werke wurde immer peinlicher und peinlicher. Die Firma wurde ernstlich besorgt, als sie erfuhr, daß das deutsche Reichswehrministerium ähnliche Abmachungen mit anderen deutschen Rüstungsfirmen **zum Zwecke der Erzeugung von Rüstungsmaterial in Rußland getroffen hatte.** Tatsächlich zeigte sich, daß zwischen dem **Reichswehrministerium und der russischen Regierung eine Militärkonvention existiert hat.**

Trotz der Schwierigkeiten wurde das **Abkommen im Februar 1923 ratifiziert. Nach diesem Abkommen hatten die Junkers-Werke zunächst in Moskau die Erzeugung von 100 Flugzeugen durchzuführen.** Beinahe alle Ausgaben für die Errichtung des Unternehmens, die Versendung und Bezahlung der Fachleute und auch für die Versorgung mit Material und für die Konstruktion der Flugzeuge wurde von den Deutschen getragen. **Nach dem Konstruktionsprogramm sollte eine jährliche Erzeugung von 300 Flugzeugen schließlich erreicht werden, von denen die Mehrheit Deutschland zur Verfügung stehen sollte.**

Die Junkers-Werke hielten das ganze Abkommen für durch und durch ungünstig. Aber das Reichswehrministerium wies immer und immer wieder auf die militärischen und politischen Notwendigkeiten hin. Die Junkers-Werke litten überdies schwer unter der Notwendigkeit, sich zu einem Zeitpunkt auf den Bau von Kampfflugzeugen konzentrieren zu müssen, wo sie eine Ausdehnung des zivilen Flugzeugbaues wahrnehmen und große Geschäfte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika erwarten konnte. Im Herbst 1923 geriet die Firma in äußerste Bestürzung, weil sie ohne vorhergehende Information plötzlich erfuhr, daß das Kriegsministerium 100 Fokker-Flugzeuge in Holland bestellt habe. Im selben Jahre behauptete das Ministerium, **70 Millionen Goldmark für ihre verschiedenen „politischen und militärischen Unternehmen" zur Verfügung zu haben.**

Am 5. Mai 1924 wurde ein neues Abkommen **zwischen dem deutschen Reichswehrministerium, den Junkers-Werken und der russischen Regierung unterzeichnet.** Die Produktion von Flugzeugen durch die russischen Junkers-Werke wurde fortgesetzt, **jedoch waren die Verhältnisse, vom geschäftlichen Gesichtspunkt aus gesehen, zumindest für Junkers ungünstig.** Die Firma hatte vom Ministerium 4 Millionen Mark erhalten, sie erhielt unter dem neuen Abkommen weitere 8 Millionen. Es wurde darauf gedrängt, weitere 12 Mionen mittels einer Anleihe flüssig zu machen. Im Laufe der Jahre 1924/25 gewährte das Reichswehrministerium der Firma unregelmäßig Kredite. Aber im Sommer 1924 kam die Firma zu der Ueberzeugung, daß die ganze Unternehmung für sie nichts anderes als Verlust bedeute, und sie beschloß, das Ganze zu liquidieren, wobei sie ihre Schadensersatzansprüche anmeldete und anbot, die Meinungsverschiedenheiten einer Schiedsgerichtsbarkeit zu unterbreiten. General v. Seeckt, der Chef der Heeresleitung, verweigerte am 26. November 1924 seine Zustimmung zu einer solchen Schiedsgerichtsbarkeit unter Hinweis auf militärische und politische Staatsraison. Die schlimmsten Befürchtungen der Junkers-Werke waren also Wirklichkeit geworden, da der General in einem früheren Brief der Firma das Recht auf Schadensanspruch bestritten hatte. Die Firma war also außerstande, mittels eines regelrechten Gerichtsverfahrens zu ihrem Rechte zu kommen, denn sie wäre in diesem Falle beschuldigt worden, einen Schritt zu unternehmen, der zur Enthüllung von Staatsgeheimnissen führen müßte. Das deutsche Reichswehrministerium gewährte keinerlei Hilfe, das Personal in Rußland mußte vermindert werden. Der Gesamtverlust für Junkers war nicht nur finanzieller Natur. Die Märkte, die von den Junkers-Werken mit Gewinn hätten versorgt werden können, waren von anderen Unternehmungen erobert worden, da die Konstruktion von Flugzeugen für zivile Zwecke vernachlässigt worden war. Tatsächlich war es diese russische Unternehmung, die den Ruin der Junkers-Werke herbeiführte, der seinerzeit so unbegreiflich erscheinen mußte. Die Russen haben wenigstens eine Fabrik und Maschinen bekommen, des weiteren hatten sie Fachleute und überdies eine Anzahl von Flugzeugen, diese noch dazu beinahe umsonst. **Das deutsche Reichswehrministerium schien in geschäftlicher Hinsicht ebenso unwissend gewesen zu sein als in politischer.** Der größte Teil der Verantwortung für das, was in der Vergangenheit geschehen war, wurde General v. Seeckt aufgeladen. Die größere Verantwortlichkeit liegt jedenfalls beim Reichswehrministerium.

Die übrigen Unternehmen, die von seiten des Reichswehrministeriums eingeleitet wurden, sind vermutlich in einem ähnlich liquiden Zustand. Die Richtung, die die deutsche Außenpolitik gegenwärtig eingeschlagen hat, ist für solche Unternehmungen höchst ungünstig. Es scheint unwahrscheinlich, daß die deutsche Regierung als Ganzes den wirklichen Charakter dieser Vorgänge begriff. Ebenso wie die am Donnerstag veröffentlichten Enthüllungen können sie nur dazu dienen, Mißtrauen und Unannehmlichkeiten zu bereiten. Es wird nunmehr für die deutsche Regierung leicht sein, diese geheime unverantwortliche Tätigkeit ihres eigenen Reichswehrministeriums ein für allemal zu unterdrücken.

Bolschewistische Giftgaslieferung für die deutschen Monarchisten.

Aus den ersten Veröffentlichungen des „Manchester Guardian" ist noch folgendes nachzutragen:

„Maßnahmen wurden auch von deutschen und russischen Militärsachverständigen ergriffen, um chemische Fabriken in Rußland zur Herstellung von Giftgasen für beide Länder zu errichten. Diese Arbeiten begannen mindestens vor fünf Jahren, aber sie sind seitdem stets in Gang gewesen. **Um die notwendigen Arbeiten durchzuführen, sind Reichswehroffiziere nach und aus Rußland mit falschen Pässen gereist, die von den russischen Behörden mit dem nötigen Visum versehen wurden.**

General v. Seeckt stand mit den Russen in den denkbar besten Beziehungen, besonders mit hervorragenden Offizieren der Sowjetarmee. **Es ist anzunehmen,** daß ihm die oben genannten Tatsachen nicht unbekannt waren. Wie weit der Reichswehrminister Dr. Geßler von ihnen wußte, ist noch unbekannt.

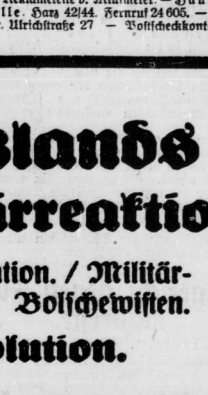
Eine recht beunruhigende Tatsache ist es auch, daß im November dieses Jahres mehrere Schiffe aus Rußland in Stettin anlangten. Es waren, soviel ich weiß, im ganzen sechs, obschon einige kleinere Segelschiffe waren. Eins ging auf der Reise unter. Ihre Ladungen bestanden aus **Waffen und Munition, offenbar für die Reichswehr bestimmt.**

Eine höchst merkwürdige Erscheinung in dem Feldzug gegen Geßler ist die verhältnismäßige **Schweigsamkeit der deutschen Kommunisten,** die die Reichswehr und die geheimen Militärverbände bisher immer als ihre schlimmsten Feinde betrachtet haben. Die Kommunisten haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Reichswehr anzugreifen und wirkliche oder vermeintliche Skandalaffären in der Armee, im Reichswehrministerium oder in den Geheimverbänden aufzudecken. Dr. Geßler selbst ist ganz besonders der Gegenstand ihres Hasses und ihrer Satire gewesen. Aber jetzt handeln sie mit einer Mäßigung und Zurückhaltung, die man nicht genug loben könnte, wenn sie aus einer mäßigen Gesinnung entsprungen wären. Aber was ist nun die Erklärung dafür? Es gibt nur eine einzige: **Rußland ist in die ungesetzliche Betätigung der deutschen Monarchisten und Gegenrevolutionäre verwickelt. In ihrer Knechtseligkeit gegenüber Moskau haben die Kommunisten Angst davor, daß diese Tatsache bekannt wird."**

*

Das ist die Entwicklung der russischen Weltrevolution zur Hausknecht der monarchistischen Gegenrevolution.

Der finnische Ministerpräsident Tanner



Der finnische Reichspräsident Dr. Relander hat den Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Tanner mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Der sozialdemokratische Parteirat beschloß, sich auf der Grundlage seines Programms an der Regierungsbildung zu beteiligen.

Die Wirkung der Bombe.

Die getroffenen Kommunisten und Deutschnationalen heulen auf.

Die Veröffentlichungen des „Manchester Guardian" haben in der Berliner Presse und bei allen Regierungsstellen große Aufregung hervorgerufen. Die Aufregung ist am stärksten bei den deutschnationalen und nationalistischen Kreisen, die das Treiben jener Unverantwortlichen decken, die auf eine militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Sowjetrußland hingearbeitet haben, sowie bei den Kommunisten.

Bei den Deutschnationalen hat es der „Lokalanzeiger" noch am Montagmorgen für nötig gehalten, über die ganze Angelegenheit mit vorsichtig abgewogenen Bemerkungen hinwegzugleiten, ohne die tatsächlichen Angaben des „Manchester Guardian" zu bestreiten. Dagegen hat die deutschnationale Presse am Montagabend über diese Veröffentlichungen einen Tobsuchtsanfall erlitten. Die „Deutsche Tageszeitung" spricht von schurkischem Landesverrat, von einem Bubenstück — in den Tonarten, die man bei ihr gewohnt ist. Darüber hinaus bestreitet sie, daß die Enthüllungen des „Manchester Guardian" zutreffend seien.

Ebenso leugnen die Kommunisten von vornherein alles ab. Der Kommunist Pieck hat am Sonntag auf dem Kongreß der Werktätigen erklärt, es handle sich um eine antibolschewistische Lügenhetze, die Sowjetdiplomatie in Berlin habe diese Veröffentlichungen energisch dementiert. In dasselbe Horn stößt die „Rote Fahne". **Es war zu erwarten, daß die Kommunistische Partei über die Enthüllung der kläglichen Rolle, die sie als Agentin der**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192612 07-12/fragment/page=0001

russischen Außenpolitik in Deutschland spielt und die sie an die Seite der Gegenrevolution geführt hat, laut aufschreien würde. Lügen haben indessen kurze Beine, und die Sowjetbotschaft in Berlin hat sich bisher gehütet, der Oeffentlichkeit ein amtliches Dementi zu übergeben.

*

Tschitscherin in Berlin.

Er lobt das Kommunisten mordende Italien und schweigt sich über die geheimen Militärabkommen aus.

Berlin, 7. Dezember. (Radiomeldung.)

Der russische Volkskommissar Tschitscherin hielt am Montagnachmittag, ähnlich wie im Oktober 1925 während seines Aufenthalts in Berlin, vor bürgerlichen und kommunistischen Pressevertretern einen außenpolitischen Propagandavortrag für Sowjetrußland. Die Vertreter der sozialistischen Presse wurden natürlich auch zu dieser Veranstaltung, wie zu allen anderen Unternehmungen der Sowjetbotschaft in Berlin, nicht eingeladen.

Tschitscherin benutzte insbesondere die Gelegenheit zu einer ausgesprochenen antienglischen Rede. Er beschuldigte vor allem die englische Regierung einer systematischen Einkreisungspolitik Sowjetrußland gegenüber und erklärte, daß der Abschluß von Paktverträgen mit den einzelnen baltischen Ländern als Abwehr von russischer Seite zu betrachten sei. Es folgte dann eine Polemik gegen den Völkerbund. Die Idee, daß Rußland sich auch einmal in die „Falle" des Völkerbundes locken lassen könnte, wies Tschitscherin natürlich mit einem „homerischen Lachen" als eine „Verdrehung der Wahrheit" zurück. Im übrigen rühmte Tschitscherin die Festigung der guten Beziehungen Rußlands zu Deutschland, Frankreich und selbstverständlich auch Italien, wo die Kommunisten massenhaft erschlagen und eingekerkert werden.

Ueber das politisch interessante und im Vordergrunde stehende Thema der russischen Granatlieferung an die deutsche Reichswehr schwieg sich Tschitscherin völlig aus. Er wußte von anscheinlichen Waffenlieferungen nichts. Es ist immerhin bemerkenswert, daß von russischer Seite bis jetzt ein offizielles Dementi der Angaben des „Manchester Guardian" nicht erfolgt ist.

*

Der russische Außenminister Tschitscherin wurde am Montag vom Reichskanzler Dr. Marx empfangen.

Reichsgericht gegen Fürstenmaitresse.

Leipzig, 7. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Während des Wahlkampfes zum Volksentscheid löste besonders der Fall des Großherzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg große Empörung aus, der seiner früheren Mätresse, der Gräfin Mazzenau, eine Jahresrente von 20 000 Mark testamentarisch vermacht hatte. Das Kammergericht in Berlin hat in einer Entscheidung dieser Mätresse eine Jahresrente von 6000 Mark zugebilligt. Um eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, wurde die letzte Instanz, das Reichsgericht, angerufen und der 5. Zivilsenat beschäftigte sich nochmals mit dieser Sache und kam zu folgender Entscheidung: Die von dem Großherzog bestimmte Jahresrente von 20 000 Mark wäre nur für den außerehelichen Verkehr für seine Mätresse ausgesetzt worden. Da jedoch dieses gegen die guten Sitten verstoße, könnte es den Erben des Großherzogs nicht zugemutet werden, für die Mätresse auch nach dem Tode eines Herrschers eine Lebensrente auszusetzen. Das Reichsgericht hat demnach mit diesem Beschluß zum ersten Male gegen die Weiterzahlung von Jahresrenten an Mätressen früherer Herrscher entschieden.

Gegen den Kleinkaliber-Unfug.

Bochum, 7. Dezember. (Eig. Bericht.)

Der Polizeipräsident von Bochum-Gelsenkirchen weist auf die außerordentliche Zunahme des Kleinkaliber-Schießsport-Unfugs hin. Die unter dem Mantel harmloser Kleinkaliber-Sportvereine sich betätigenden Verbände könnten unter Umständen zu nicht unterschätzenden innenpolitischen Gefahren führen. Der Polizeipräsident ist entschlossen, im Bereich seines Bezirkes mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen diesen gefährlichen Unfug einzuschreiten. Das Gesetz bietet die Handhabe zur Beschlagnahme sämtlicher Kleinkalibergewehre, deren Inhaber nicht im Besitz von Waffenscheinen sind. Im Bereich des Polizeipräsidiums Bochum-Gelsenkirchen, dem zweitgrößten des Reichs, darf künftig nur bei polizeilich zugelassenen Schießständen in 50 bis 100 Meter Schußentfernung geschossen werden. Keinem Verein werden mehr als zehn Gewehre bewilligt.

„Abrüstung" in der Tschechei. Der tschechoslowakische Heeresminister Udrzal entwickelte im Wehrausschuß des Senats ein großes Rüstungsprogramm. Er erklärte, die leitenden Militärs hätten den Gedanken an die Miliz, die verfassungsmäßig in einigen Jahren eingeführt werden sollte, vorläufig aufgehoben. Die Dienstzeit könnte frühestens in zwei Jahren herabgesetzt werden und die nächste Mobilisierung werde eine Mobilisierung der gesamten Bevölkerung sein. Der Militarisierung des Staates soll auch die Vormilitärerziehung der Jugend dienen, die man gesetzlich einführen will.

Beim Völkerbundsrat.

Eröffnung in Genf.

Vorsitzender Vandervelde.

Genf, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Der Völkerbundsrat hat seine Tagung mit einer nichtöffentlichen Sitzung eröffnet, in welcher auf Vorschlag Stresemanns Vandervelde zum Vorsitzenden gewählt wurde und u. a. auch die Ernennung des deutschen Untergeneralsekretärs Dufour-Ferronce genehmigt wurde, worauf Chamberlain dem Generalsekretär des Völkerbunds zu dieser Wahl gratulierte und Stresemann für die Worte Chamberlains dankte.

In dem darauffolgenden öffentlichen Teil der Sitzung wurde ohne Diskussion das Generalsekretariat beauftragt, regelmäßig im März und September über die Ratifikation der internationalen Konventionen durch die einzelnen Staaten an den Völkerbund Bericht zu erstatten. Ferner dankte der Rat dem Internationalen Arbeitsamt für seine Mitarbeit bei der Ausarbeitung der Sklaverei-Konventionen und versprach, seine Aufmerksamkeit darauf hinzulenken, daß die Zwangsarbeit nicht neue Formen von Sklaverei mit sich bringe.

Das Kontrollrecht des Völkerbundes.

Die Einführung „ständiger Elemente"

Genf, 7. Dezember. (Radiomeldung.)

In den gestrigen Verhandlungen zwischen den Außenministern Englands, Frankreichs, Deutschlands und Belgiens spielte die Räumung des Rheinlandes noch keine ausschlaggebende Rolle. Es wurde ausschließlich, soweit das Rheinland in Frage kam, über das Problem der Investigation unter Einschaltung der „ständigen Elemente" für das bisher geräumte Gebiet gesprochen. Von deutscher Seite wurde dabei, wie der Korrespondent des Soz. Pressedienstes erfährt, auch wieder der bisherige Standpunkt vertreten, daß die Einführung irgendwelcher „ständiger Elemente" in das Kontrollrecht des Völkerbundes auch im Versailler Vertrag keine Stütze findet und der Wortlaut des Artikels 213 unbestreitbar nur Untersuchungen von Fall zu Fall vorsieht. Es ist vorläufig noch zweifelhaft, in welcher Hinsicht die übrigen Alliierten bereit sind, über den französischen Vorschlag hinaus, der von einer Investigation nur für die ersten drei Monate spricht und diesen Plan im März abändern will, zu gehen. Immerhin läßt sowohl das am Montagabend nach den Besprechungen von deutscher als auch von englischer Seite veröffentlichte Kommuniqué erkennen, daß die beteiligten Staatsmänner den weiteren Verhandlungen mit einem gewissen Optimismus entgegensehen.

*

Im Gegensatz zu den Feststellungen des Reichsministers für die besetzten Gebiete, der die Zahl der alliierten Truppen im Rheinland auf 80 000 Mann bezifferte, wird an französischer zuständiger Stelle erklärt, daß die genaue Zahl der alliierten Truppen einschließlich der Offiziere und Urlauber 71 000 Mann beträgt.

Um die Räumung des Rheinlandes

Pariser Presse-Aeußerungen.

Paris, 7. Dezember. (Radiomeldung.)

Der Ton der Pariser Presse ist heute den Genfer Verhandlungen gegenüber etwas optimistischer geworden. Entgegen den Ansichten von gestern stellen die Blätter fest, daß die Möglichkeit eines Akkordes durch die persönlichen Besprechungen der Staatsmänner zutage getreten sei, die die Bilanz des gestrigen „Diplomatentages" wäre, schreibt der „Quotidien". Angesichts der Tatsache, fährt das Blatt fort, daß die Alliierten ihrerseits nicht verkennen könnten, daß das Investigationsrecht des Völkerbundes gewisser Einschränkungen und Abänderungen bedürfe, läge ein Akkord bereits im Bereich der Möglichkeit. Der „Petit Parisien" weiß noch zu diesem „Akkord" zu melden, daß was die Frage der Abberufung der Kontrollkommission anbelange, diese wahrscheinlich auf folgender Basis vor sich gehen wird: Es wird das Datum für die Abberufung der Kontrollkommission festgesetzt werden, aber die Abberufung selbst wird erst stattfinden, wenn die militärischen Sachverständigen und in Spezialfällen das interalliierte Militärkomitee in Versailles sich über die Zerstörung der um Königsberg und anderen Festungen vorgenommenen neuen Befestigungsanlagen befriedigt erklärt und die Botschafterkonferenz diese Erfüllung der alliierten Forderungen in allen Punkten festgestellt haben wird.

Ausführlicher und zum Teil in abweichender Form äußert sich darüber Pertinax im „Echo de Paris". Er stellt fest, daß das hauptsächlichste Ziel Briands folgendes sei: Nämlich bereits jetzt die Organisierung einer Spezialkontrolle der demilitarisierten Rheinlande zu erlangen. Dafür gebe der Vertrag von Versailles keine juristische Handhabe. Artikel 213 des Vertrages schweige sich darüber völlig aus. Auch der vom Völkerbund im Jahre 1924 ausgearbeitete Investigationsplan gebe Frankreich in diesem Punkte nur einen illusorischen Vorteil. Briand sei also gezwungen, sich des Rheinpaktes zu bedienen, um eine ständige Ueberwachung der Rheinlande zu rechtfertigen. Die fünf Mächte, die den Rheinpakt unterzeichnet haben, würden also, da die Demilitarisierung der Rheinlande der Grundpfeiler des Paktes sei, eine von der Genfer Politik unabhängige Kontrollkommission ernennen, die „nötigenfalls Alarm schlagen würde". Ohne Zweifel, fährt Pertinax fort, habe sich Stresemann zur Annahme solcher Bedingungen nicht ohne weiteres bereit erklärt und Kompensationen verlangt. Es sind dies die folgenden: Sofortige Abberufung der interalliierten Kontrollkommission aus Berlin. Die Alliierten würden sich außerdem in der Frage der Befestigungen von Königsberg, Glogau und Küstrin „weitherzig" zeigen. Endlich würde die deutsche Auffassung über die Revision des vom Genfer Völkerbundsrat im Jahre 1924 ausgearbeiteten Investigationsplanes angenommen werden. Da also die Ueberwachung der Rheinlande durch eine solche Kontrolle gesichert sei, hätte auch die Anwesenheit der alliierten Truppen in denselben keinen Wert mehr. Man müßte sie also entweder außerordentlich vermindern oder ganz zurückziehen. Dieses Kompromiß liege in der Luft, schreibt Pertinax.

Es sei die logische Folge von Locarno und Thoiry. Ohne die Abberufung des interalliierten Militärkomitees und die Aufgabe von Koblenz und Mainz sei eben eine deutsch-französische Annäherung nicht möglich. Da übrigens Deutschland das Recht habe, die Räumung der Rheinlande zu verlangen, sobald die Berliner Kommission verschwunden sein werde, auf Grund des Artikels 431 des Versailler Friedensvertrages, habe Frankreich kein Interesse daran, seine Soldaten länger dort zu halten. Gegen dieses Kompromiß gebe es, schreibt Pertinax, nur einen einzigen, aber „furchtbaren" Einwand: Er ratifiziere nämlich das vollständige Desinteressement Frankreichs in den Angelegenheiten Osteuropas und die Geschichte habe gezeigt, daß, sobald Frankreich dies in der Vergangenheit tat, sich sofort der Schatten der Ereignisse" gezeigt hat, nämlich die Teilung Polens, Königsgrätz usw. In kürzester Frist sei Frankreich jedesmal dafür furchtbar gestraft worden.

Französische Grenzsicherung.

Paris, 7. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

In den letzten Wochen haben angesichts der unterhüllten Rüstungen des italienischen Generalstabs der französischen Grenze entlang umfangreiche „Umgruppierungen" französischer Truppen in den Departements am Mittelmeer und in den Seealpen stattgefunden. Der Präfekt des Departements Seealpen hat, wie das „Oeuvre" mitteilt, darüber eine längere Proklamation an die Bevölkerung der mittelländischen Provinzen gerichtet, in welcher er erklärt, daß gegenüber den italienischen Drohungen seit rund 14 Tagen Truppen, Kanonen, Maschinengewehre und Munition durch die französische Heeresleitung nach Nizza und Mentone transportiert worden sind, und daß infolgedessen Südfrankreich vor einem Handstreich der Schwarzhemden gesichert sei. Im Hafen von Nizza seien außerdem vier Torpedoboote und drei Unterseeboote stationiert worden. Endlich sei in dieser Stadt jüngst ein ganzer Zug Tanks eingetroffen. Das Manifest ermahnt die Bevölkerung zur Ruhe und empfiehlt ihr, diese nicht zu verlieren, „falls ernste Ereignisse eintreten sollten."

Mussolini regiert im tschechischen Parlament.

Prag, 6. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

Nach der Verhinderung des Prager Vortrags der Genossin Balabanoff und der Auflösung einer sozialdemokratischen Versammlung hatte der Redner der deutschen Sozialdemokraten im Parlament das fascistische System sehr scharf kritisiert, und auch die Zwischenrufe von anderen sozialistischen Abgeordneten waren heftige Angriffe auf Mussolini und den Fascismus. Wegen dieser Rede und der verschiedenen Zwischenrufe hat der Prager italienische Gesandte dem Außenministerium einen Protest eingereicht. Das Ministerium hat die Angelegenheit dem Kammerpräsidenten übergeben, das durch offiziöse Presseäußerungen ankündigen läßt, es werde die Wiederholung ähnlicher Vorfälle verhindern. Es scheint also, daß sich das Parlamentspräsidium tatsächlich zum Hausdiener Mussolinis erniedrigen will.

Rücktrittsgesuch des jugoslawischen Außenministers. Aus Belgrad wird gemeldet, daß der jugoslawische Außenminister und Präsident der letzten Vollversammlung des Völkerbundes, Dr. Ninčitsch am Montagabend dem König sein Rücktrittsgesuch überreicht hat. Alle Bemühungen des Ministerpräsidenten, ihn von diesem Schritt abzuhalten, waren vergeblich. Es ist anzunehmen, daß der Rücktritt mit dem Abschluß des neuen italienisch-albanischen Vertrages in Zusammenhang steht, der für den jugoslawischen Außenminister zweifellos als eine schwere persönliche Niederlage zu betrachten ist.

Finanzministerkonferenz. Am Mittwoch treten in Berlin die Finanzminister der Länder zu einer nochmaligen Besprechung über den vorläufigen Finanzausgleich zusammen.

Claude Monet gestorben.

Auf seinem Landsitz in Giverny in der Vendée ist am Sonntag der berühmte französische Maler Claude Monet im Alter von 86 Jahren gestorben. An seinem Sterbebette weilte sein Gutsnachbar und langjähriger Freund George Clemenceau. Beide, gleich bekannt als unermüdliche Streiter, der eine auf dem Gebiet der Malerei, der andere auf dem der Politik, haben sich in ihrem hohen Alter in eine fast völlige Weltabgeschiedenheit geflüchtet. Mit Claude Monet ist der eigentliche Begründer des Impressionismus und der größte Maler der Farbe, den Frankreich hervorgebracht, hat, gestorben.

*

Claude Monet hat die Malerei als einen Prozeß, der sich nur zwischen dem Auge und der Hand abspielt, aufgefaßt. Bei ihm wird das Verfahren, wie Meyer-Graefe den Impressionismus nannte, zu einem wunderbar beschwingten Rhythmus, seine Landschaften klingen in den Tönen eines kostbaren Perlmutterglanzes und eines opalisierenden Rosa aus, er wird durch das sichere Schauen und die Freude an der Juwelenreinheit der Farbe daran gehindert, in das Chaos abzugleiten, in dem seine Nachfolger bis zu den Pointillisten versunken sind. Monet ging davon aus, daß jede Landschaft in jeder Stunde neu geschaffen wird. Er malte immer wieder dasselbe Motiv, in den wechselnden Beleuchtungen des Tages. 1890 kamen seine ersten Serienbilder. 1894 malte er 17 Bilder der Kathedrale von Rouen, denn kamen die Serien der Pappelbilder und die Morgen an der Seine. In den Jahren 1900 bis 1904 malt er in London die 30 Ansichten der Themse. 1912 entstehen die 29 Ansichten Venedigs. Die Treue, mit der er das zu jeder Stunde wechselnde Licht einfing, war so groß, daß die Malerin Morisot einmal sagte: „Vor einer Leinwand Monets weiß ich immer, nach welcher Seite ich meinen Sonnenschirm halten muß."

Monets Anerkennung wie der ganze Sieg des Impressionismus überhaupt ist nicht auf französischem Boden erfochten worden. Paul Cassirer hat den französischen Malern sowohl die Geltung wie die hohen Preise erzwungen. Die hohen Preise blieben noch, als sich das Rad der Kunstentwicklung wieder drehte. Und ein gewaltiger Protest gegen die Mechanisierung der Kunst begann. Monet konnte den ganzen Ablauf einer Kunstrichtung erleben, Futurismus, Expressionismus, Kubismus zerstörten das Werk seines Lebens. Aber er erlebte noch mehr: Sieg und Ende des Expressionismus. Und soweit [illegible] der Zeit ihre Unverständlichkeiten verzieh, konnte er auch [illegible], wie ihm die neue Welle entgegenkam, sich ihm näherte in der Bemühung, eine Synthese zu schaffen, und wie zum Beispiel in Utrillos Kunst in anderer Form, doch in derselben äußeren Schau, das Wollen Monets wiederauflebte.

Theodor Storms Geburtshaus beschädigt. In der Nacht zum Montag wurde Theodor Storms Geburtshaus in Husum durch eine Gasexplosion stark beschädigt. In einem Laden zu ebener Erde hatten sich Gase angesammelt, die explodierten. Die Geschäftsräume einer Kaffeerösterei und einer Uhrenhandlung brannten völlig aus. Auch das Treppenhaus wurde stark in Mitleidenschaft gezogen.

Ein Weihnachtsspielspiel. „Das rote Herz" von Lobo Frank, das bei dem Preisausschreiben des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit den zweiten Preis erhalten hatte, ist soeben im Arbeiterjugend-Verlag zum Preise von 90 Pf. erschienen. Ebenso sind Anregungen, Material und Programmvorschläge für Weihnachts- und Sonnenwendfeier in Heft 2 („Die Weihnachtsfeier") und Heft 12 („Die Sonnwendfeier") der vom Reichsausschuß herausgegebenen Schriftenreihe „Arbeiterbildung" enthalten. Auch das Dezemberheft der „Bücherwarte" bringt in der Beilage „Arbeiterbildung" eine Vortragsdispposition „Weihnacht" von Robert Breuer.

Selig der Dichter, er kann festhalten das geistige Dasein, aber verewigen auch alle Gestalten des Raums! (Epigramme.)

Hochschulnachrichten.

Im Bereich der preußischen Hochschulverwaltung wurden versetzt: der ord. Prof. R. Kohlrausch in Kiel in gleicher Eigenschaft in die Ev. Theol. Fakultät der Universität Breslau; der ord. Prof. Dr. Dr. Wehrung in Münster in gleicher Eigenschaft in die Theol. Fakultät der Universität Halle-Wittenberg; Oberstudiendirektor Dr. Harenberg von dem Staat. Gymnasium in Paderborn in gleicher Amtseigenschaft an das Staat. Gymnasium Carolinum in Neuße. Dem Studiendirektor i. e. R. Blath vom aufgelösten Lehrerseminar in Bunslort wurde die erledigte Studiendirektorstelle an der nach. Schlerschule in Hannover übertragen.

Halleisches Theater- und Kunstleben.

Das Gastspiel des Deutschen Theaters zu Berlin mit Alexander Moissi „Der lebende Leichnam" findet am Sonnabend, dem 11. Dezember, statt. Tolstois Drama behandelt in fesselnder und gespannter Handlungsfolge die tragische Entwicklung eines schwachen und verkommenen Menschen, der sich tot stellt, um der Verbindung seiner Frau mit einem anderen Manne nicht im Wege zu stehen. Diese Hauptrolle des Fedja ist eine von Alexander Moissis Meisterdarstellungen, die ihm unter Reinhardts Regie Triumphe über Triumphe eingebracht hat. — Am Mittwoch, dem 8. Dezember, muß infolge Erkrankung eines Hauptdarstellers „Das große Weltheater" vom Spielplan abgesetzt werden. Es geht statt dessen „Das Schiedsgericht", hierauf „Der zerbrochene Krug" in Szene.

IV. Städtisches Symphoniekonzert unter Leitung von Generalmusikdirektor Band am 13. Dezember. Das Programm bringt drei Erstaufführungen: „Alisik", eine Legende für großes Orchester von Herm. Hans Wetzler, der von 1912 bis 1915 in Halle tätig war und in letzter Zeit mit seinen Orchesterwerken zahlreiche Aufführungen zu verzeichnen hat; das „Vorspiel zu einer Tragödie" von Paul Klenki, der beim Musikfest im Oktober mit der Uraufführung eines Klavierwerkes besonderen Erfolg errang, und das Violinkonzert des englischen Komponisten Elgar, gespielt von Florizel von Reuter, vom durch seine eigenen Abende in Halle bekannten Virtuosen.

Volksbühne. Morgen, Mittwoch, den 8. Dezember, muß wegen Erkrankung des Hauptdarstellers für Theatergemeinde G eintreten: „Das Schiedsgericht", Komödie von Menandros, und „Der zerbrochene Krug", Lustspiel von Kleist. Beginn 8 Uhr. Die gelösten Gastkarten behalten dafür Gültigkeit. Diejenigen Mitglieder, die diese beiden Lustspiele als Ersatzvorstellung nicht besuchen, werden gebeten, ihre Karten umgehend der Geschäftsstelle vorzulegen. „Paganini" ist auch zum Sonntag ausverkauft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261207-12/fragment/page=0002

Die Kriegserklärung der Volkspartei.

Vor dem versammelten Kriegsvolk der Kreisvereins- und Ortsgruppenvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Ostpreußens hat der Reichstagsabgeordnete Scholz am Sonntag in Insterburg eine Ansprache gehalten, der, was den oratorischen Leistungen dieses Redners nicht allzu oft widerfährt, die größte politische Bedeutung beizumessen ist. Nach dem Bericht eines bürgerlichen Nachrichtenbureaus beschäftigte sich Herr Dr. Scholz mit der innerpolitischen Lage und mit dem Problem der Regierungserweiterung. Seiner Ansicht nach kann nur eine Koalition in Betracht kommen, die eine längere Dauer verspricht und da, wie er weiter auseinandersetzt, die innere Uebereinstimmung zwischen den Deutschnationalen und den bürgerlichen Parteien der Mitte entschieden größer ist als die der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, ist und bleibt das Ziel der Deutschen Volkspartei der Bürgerblock. Der Stein des Anstoßes für die Große Koalition ist nach der Ueberzeugung des Führers der Deutschen Volkspartei die Frage der Arbeitszeit, „über die niemals eine Verständigung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie möglich sein wird". Und ebenso unmöglich ist, wie er versichert, eine Verständigung mit der Sozialdemokratie über die Verhältnisse der Reichswehr.

Diese Rede ist, wenn der Bericht sie richtig wiedergegeben hat — und es ist kaum ein Zweifel an der Korrektheit der Darstellung möglich —, nichts anderes als eine unerhörte Provokation unserer Partei. Nicht etwa, als ob Herr Dr. Scholz nicht das Recht zu einer eigenen Meinung über die Notwendigkeit und Ersprießlichkeit des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie besäße. Nicht etwa, als ob wir es ihm an sich verübelten, daß er sich mehr als zu uns zu den Deutschnationalen hingezogen fühlt. Auch wenn er in Insterburg nicht das Wort ergriffen hätte, wäre uns das bekannt gewesen. Aber Herr Dr. Scholz ist der Führer einer Partei, die der gegenwärtigen Regierungskoalition angehört, und es ist allgemein bekannt, daß diese Regierung durch den Reichskanzler mit der Sozialdemokratie gewisse Vereinbarungen getroffen hat, die, kurz gesagt, darauf hinauslaufen sollten, die Geschäfte in engerer Fühlungnahme mit uns und unter bewußter Ausschaltung deutschnationalen Einflusses zu führen. Wenn, während diese Vereinbarungen noch als in Geltung befindlich anzusehen sind, eine innerhalb des Regierungskonzerns so maßgebliche Persönlichkeit wie Dr. Scholz dem Bürgerblock das Wort redet, so bedeutet das den brüsken Abbruch der bestehenden Beziehungen, ja mehr als das: es ist eine offene Kriegserklärung an die Adresse der Sozialdemokratie.

Allerdings behauptet der volksparteiliche Wortführer, daß die Verständigung eben an bestimmten Fragen, der Arbeitszeit und der, die sich auf die Reichswehr beziehen, scheitere. Kann sein, daß er damit sachlich recht hat. Aber wie liegen die Dinge? Die der Regierung angehörenden Fraktionen haben uns zur Prüfung den die Arbeitszeit betreffenden Vorschlag überreicht, über den sie sich unterrichtender geeinigt haben. Wir haben ihn entgegengenommen, und die Prüfung ist im Gange. Wir haben allerdings keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Entwurf, so wie er jetzt ist, bei uns keine Aussicht auf Annahme hat. Aber es sollte doch auf seiner Basis weiter verhandelt werden. Die Absicht ging doch dahin, über unsere Gegenvorschläge zu diskutieren. Und bevor wir sie überhaupt einbringen, bevor also eine Diskussion überhaupt eröffnet ist, erklärt Herr Scholz eine Einigung für ausgeschlossen.

Und wie steht's mit der Reichswehr? Wir haben dem Reichskanzler, dem Außenminister und dem Wehrminister in einer vertraulichen Besprechung zunächst mündlich Kenntnis von unserem Beschwerdematerial gegeben. Die schriftliche Zusammenfassung dessen, was wir vortrugen, geht erst in diesen Tagen dem Wehrminister zu. Herr Scholz kennt dieses Material nicht, er weiß auch nicht, welche Forderungen wir im einzelnen erheben. Doch er stellt sich von vornherein schützend vor die Reichswehr und alle ihre Mißbräuche und Verfehlungen und bezeichnet eine Verständigung mit uns als unmöglich.

Die Schlußfolgerungen bestehen darin, daß wir zunächst jene Vereinbarungen, von denen vorhin gesprochen wurde, als nicht mehr bestehend ansehen. D. h. also, daß wir den Versuch aufgeben, uns mit dem Kabinett zu einer gemeinsamen Abwehr der Angriffe von rechts zu vereinen. Wir haben die Hände frei. Aber das bedeutet auch, daß eine Regierung, die zusieht, wie einer der Führer der Regierungsparteien der Sozialdemokratie so offenkundig und gleichzeitig so hinterhältig den Fehdehandschuh hinwirft, nicht erwarten kann, daß die Angegriffenen ihr noch länger auch nur einen Rest von Vertrauen entgegenbringen. Wie man weiß, ist die Frage des Verhaltens der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem gegen Herrn Külz eingebrachten Mißtrauensvotum noch offen. Aber die Insterburger Rede des Herrn Scholz hat das Mißtrauen gegen den Innenminister zu dem gegen das Gesamtkabinett erweitert. Die Fraktion wird sich in den nächsten Tagen darüber schlüssig werden, in welcher Form sie ihrem Mangel an Vertrauen Ausdruck verleihen soll.

Hermann Müller und Breitscheid haben gleich am Montagnachmittag Gelegenheit genommen, den Reichskanzler persönlich auf die Gefahren dieser Situation aufmerksam zu machen. Herr Marx und seine Kollegen, aber auch das Zentrum und die Demokraten werden uns keinen Vorwurf machen können, wenn es noch vor Weihnachten zu einer Regierungskrise kommt, deren Ausgang sich nicht voraussehen läßt. Sie mögen sich bei Herrn Scholz bedanken, dem der Ruhm, die Große Koalition von 1923 erdolcht zu haben, nicht genügte, und der sich deshalb beeilte, auch diesmal den Versuch, den Deutschnationalen den Weg zum Kabinett zu sperren, zu vereiteln. Wenn es dem Grafen Westarp gelingt, in die Regierungsfeste einzudringen, so wird er dem Verräter Dank schulden, der ihm heimlich das Tor geöffnet hat. Vorerst aber mögen sich nun einmal Zentrum und Demokraten äußern.

*

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt am Donnerstagvormittag zusammen, um noch vor der Sitzung der Reichstagsfraktion, die nach der Plenarsitzung stattfindet, zu der neuen politischen Lage Stellung zu nehmen.

Unterstreichung der Rede des Dr. Scholz.

Berlin, 7. Dezember. (Radiomeldung.)

In der heutigen Ausgabe der „Täglichen Rundschau", die als halbwegs offizielles Organ der Deutschen Volkspartei gilt, wird die Rede des Vorsitzenden der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Scholz, in Insterburg nach der Wiedergabe einer bürgerlichen Korrespondenz veröffentlicht und damit deren Bericht als richtig bestätigt. Die „Tägliche Rundschau" begleitet die Ausführungen des Abgeordneten Scholz noch mit einer Polemik gegen die Linkspresse und bezeichnet die Rede von Scholz in diesem Zusammenhange als klar und dankenswert. Damit erfährt „die Kriegserklärung der Volkspartei" nicht nur eine offizielle Bestätigung, sondern darüber hinaus noch eine Unterstreichung.

Charlie Chaplin warnt vor seiner Frau.

Er bürgt nicht für die Schulden seiner treulosen Gattin.

Wie schon kurz gemeldet, hat Frau Lita Grey-Chaplin mit ihren beiden Kindern ihren Gatten, den berühmten Charlie, verlassen. Es ist nun schon das zweitemal, daß der große Filmschauspieler einen etwas jähen Abschluß seiner Ehe erlebt. Seine erste Frau hatte er als siebzehnjähriges Mädchen im Jahre 1918 geheiratet. Sie verließ ihn aber schon nach zweijähriger Ehe, Kurz darauf entdeckte er ein hübsches junges Ding von dreizehn Jahren, das er in seinen Filmen auftreten ließ. Er verliebte sich in die junge Dame, und als er sich in aller Heimlichkeit auf mexikanischem Boden mit ihr trauen ließ, war sie gerade sechzehn Jahre alt. Die amerikanischen Behörden haben jedoch für derartige frühzeitige Heiraten nicht das rechte Verständnis. Frau Chaplin mußte sich auch als Gattin des großen Stars nach den Schulgesetzen des Staates Kalifornien richten, und es blieb Charlie nichts anderes übrig, als einen Hauslehrer zu engagieren, der seiner Frau den vom Gesetz geforderten Unterricht erteilte. Der Honigmond dauerte nicht lange. Am 26. November 1924 hatten die beiden geheiratet; im Februar 1925 gab es den ersten Skandal. Lita Grey verließ ihren Mann. Aber dieser ließ sie suchen; er fand sie auch nach einiger Mühe. Diesmal ging es noch gut; eine große Versöhnungsszene beschloß diesen Zwischenfall. Im Sommer dieses Jahres kam ein Kind zur Welt, das die Ehe glücklicher zu gestalten schien. Ein zweites folgte im April 1926. Dennoch scheinen sich die beiden Gatten nicht verstanden zu haben. Ueber den Grund des Zerwürfnisses erklärte Chaplin folgendes: „Ich wurde in einer der letzten Nächte durch lauten Lärm aus dem Schlaf aufgeweckt. Es war 2 Uhr morgens. Eine ausgelassene Gesellschaft von Damen und Herren war, geführt von meiner Frau, in mein Haus eingebrochen. Als ich Klavier, Harmonium und Grammophon gleichzeitig eine fürchterliche Dishormonie aufführen hörte, rief ich meine Frau herein und bat sie, die Leute an die Luft zu setzen. Sie tat es auch, aber am nächsten Morgen war sie verschwunden." Frau Chaplin dagegen behauptete, ihr Mann sei ein übernervöser Mensch, der sie nicht als Frau behandelt habe. Sie habe in ständiger Furcht vor ihm gelebt. Er sei nicht fähig gewesen, Vater ihrer Kinder zu sein. In jener Nacht habe er übrigens ihre Freunde, den Baron und die Baronin Précourt, so schwer beleidigt, daß diese sofort das Haus verlassen hätten. Diese widerliche Szene setze unzähligen Mißhandlungen der eigenen Gattin die Krone auf. Chaplin dagegen erklärt, er habe niemals seine Frau schlecht behandelt. Der große Künstler scheint sehr niedergeschlagen zu sein; er gab Freunden gegenüber der Hoffnung Ausdruck, daß seine Frau Vernunft annehmen und zu ihm zurückkehren werde. Neuerdings scheint er allerdings nicht mehr damit zu rechnen, denn man erzählt sich, daß sein Sekretär bereits ein Inserat aufgesetzt habe, das demnächst in den Zeitungen erscheinen soll und folgenden Wortlaut hat: „Ich bürge nicht für die Schulden, die meine Frau, Lita Grey, machen wird, nachdem sie vor einigen Tagen grundlos mein Haus verlassen hat. Charles Spencer Chaplin." Lita Grey soll bereits die Scheidungsklage eingereicht haben.

Man speist im Abteil.

Die neuen Wirtschaftswagen der Reichsbahn.

Die Deutsche Reichsbahn hat der Mitropa einige D-Zug-Wagen 3. Klasse zur Verfügung gestellt, die dergestalt zu Wirtschaftswagen umgebaut werden, daß zwei Abteile zu einem Küchenraum eingerichtet werden, in dem kalte und warme Getränke, wie leicht herzustellende warme Gerichte bereitet werden. Die Bedienung geschieht in den Abteilen durch Abteilkellner, wozu kleine Tischen zur Verfügung stehen. Vorerst werden diese Wirtschaftswagen in Tagesschnellzügen ohne Speisewagen und später auch in Eilzügen, soweit sie Durchgangswagen führen, eingestellt werden. Unser Bild zeigt das Servieren in einem Abteil 3. Klasse am kleinen ausgestellten Tisch.

Der Brudermord auf Schloß Lochow.

Eine Familientragödie.

Eine Familientragödie auf Schloß Lochow im Kreise Züllichau der Provinz Brandenburg hat zwei Opfer gefordert. Das Rittergut Lochow, etwa 2500 Morgen groß und sechs Kilometer von Züllichau entfernt, ist im Besitze derer von Lekow. Die eigentliche Besitzerin ist eine 83jährige Witwe. Zwischen ihren beiden Söhnen, dem 52 Jahre alten Aldo und dem 49 Jahre alten Udo bestanden seit Jahren Erbschaftsstreitigkeiten. Diese hatten sich im Lauf der Zeit so sehr verschärft, daß Udo das Schloß verlassen und ein Vorwerk bezogen hatte. Hier ergab er sich immer mehr und mehr dem Trunk. Der Wirt des Dorfkruges mußte einen von ihm selbst hergestellten Schnaps führen, den er oft flaschenweise trank. Schon in jungen Jahren hatte Udo als aktiver Offizier in der Trunkenheit einen Hoteldiener erschossen, worauf er seinen Abschied nehmen mußte. Unter dem Einfluß des Alkohols hatte er jetzt den Entschluß gefaßt, seinen Bruder zu erschießen. Wenigstens äußerte er sich zu Arbeitern, mit denen er gezecht hatte, in diesem Sinne. Er begab sich in das Schloß, wo es zunächst zu einer Auseinandersetzung mit der hochbetagten Mutter kam, die einige Wechsel für den Sohn bezahlen sollte. Als sich auch der Bruder in diese Auseinandersetzung einmischte, ergriff Udo plötzlich sein Jagdgewehr und schoß damit den Bruder nieder. Er selbst sagte sich unmittelbar darauf eine Kugel in den Kopf, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Der schwerverletzte Bruder wurde in das Krankenhaus Züllichau überführt, wo er jedoch in der Nacht zum Montag gestorben ist. Die alte Mutter, die den Vorgang miterlebte erlitt einen Nervenzusammenbruch, so daß ihr Zustand ebenfalls besorgniserregend ist. Mit dem Tode der beiden Brüder ist das Geschlecht von Lekow im Mannesstamm ausgestorben. Als Erbe des Rittergutes kommt die etwa 40 Jahre alte Schwester der beiden Brüder in Frage. Diese hatte sich seinerzeit mit einem früheren Verwalter des Gutes verheiratet und war deswegen enterbt worden. Ihr Mann, der Administrator Krause, ist seit einem halben Jahre arbeitslos und bezieht in Züllichau Arbeitslosenunterstützung.

Zweimal am Abend überfallen.

Was der Kassiererin eines Pariser Nachtlokals passieren kann

Als die Kassiererin eines Pariser Nachtlokals in einer Kraftdroschke nach Hause zurückkehrte, wurde sie im Toreingang von einem jungen Manne angefallen, der ihr die Tasche mit den Einnahmen entriß und davonrannte. Der Führer der Droschke wurde durch die Hilferufe seines Fahrgastes aufmerksam und folgte dem Räuber. Dieser blieb plötzlich stehen, winkte dem Auto und verlangte, zum „Platz der Republik" gefahren zu werden. Ueber den Zählen seiner Beute bemerkte er nicht, daß der Chauffeur mit ihm zum nächsten Polizeikommissariat gefahren war, wo er sofort festgenommen wurde. Kurz darauf trat die Bestohlene ebenfalls auf dem Polizeirevier ein und konnte ihr Eigentum wieder in Empfang nehmen. Die gleiche Kraftdroschke brachte sie, diesmal in Begleitung zweier Kriminalbeamter, nach Hause. Als die Kassiererin jetzt dem Pförtner klingeln wollte, stürzten zwei Männer auf sie, entrissen ihr wiederum die Tasche und versuchten zu fliehen. Im gleichen Augenblick waren sie jedoch von den Kriminalbeamten gefaßt.

Unaufgeklärter Mord.

Leipzig, 7. Dezember. (WTB.)

Beim Nachhausekommen in der Nacht fand der Händler Schmidt seine Frau tot in ihrem Bette vor. Da er keinen natürlichen Tod vermutete, erstattete er sofort Anzeige. Die Tote wies im Genick und am Hals ganz geringfügige äußere Verletzungen auf. Der Ehemann wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt. Nähere Einzelheiten über die Todesursache dürfte erst die Sektion der Leiche ergeben. Da die Frau Schmidt oft Herrenbesuch empfing, hält man einen Mord oder Totschlag nicht für unmöglich.

Schachteinsturz.

Lebendig begraben und lebendig wieder ausgegraben.

Berlin, 7. Dezember. (WTB.)

Bei den Kanalisationsarbeiten in Wannsee stürzte ein Schacht zusammen, ein 45jähriger Vorarbeiter wurde stehend in einer Tiefe von 5 Metern derartig verschüttet und eingeklemmt, daß noch etwa ein Meter Erdmassen über dem Kopfe lagen. Nach etwa zweistündiger Arbeit der Feuerwehren konnte er unverletzt befreit werden.

Selbstmord im Berliner Polizeipräsidium.

Am Montagvormittag gegen 12 Uhr erschoß sich im Berliner Polizeipräsidium vor den Räumen des Erkennungsdienstes ein 45jähriger Kaufmann, Inhaber eines kleinen Räucherwarengeschäftes im Norden Berlins. Als die Beamten hinzueilten, fanden sie den Mann, einen kleinkalibrigen Revolver in der Hand, tot auf. Bei dem Toten wurde ein Brief „an meine liebe Frau und an mein kleines Kind" gefunden. Nach den Nachforschungen der Polizei sind es lediglich wirtschaftliche Sorgen, die den Mann in den Tod getrieben haben.

Der rumänische König operiert. Am Montagvormittag wurde am König von Rumänien eine Operation wegen Darmkrebs vorgenommen. Ueber den Verlauf der Operation liegen noch keine Nachrichten vor. Der dringend nötige Eingriff war bis zur Rückkehr der Königin aus den Vereinigten Staaten hinausgeschoben worden.

Eisenbahnunfall in Paris. Auf dem Pariser Westbahnhof ereignete sich am Montagmorgen um 7 Uhr ein schwerer Eisenbahnunfall. Ein aus Villiers sur Marne kommender Personenzug rannte so stark auf den Prellbock, daß 43 Reisende mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Wieder ergebnislos?

Anstrengungen um die Bildung einer sächsischen Regierung.

Berlin, 7. Dezember. (Radiomeldung.)

Aus Dresden wird der „Vossischen Zeitung" gemeldet, daß die am Montagnachmittag abgehaltenen interfraktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Sachsen ergebnislos verliefen, da die Altsozialisten eine Koalitionsgemeinschaft mit den Deutschnationalen ablehnten. Infolgedessen dürfte die für heute angesetzte Wahl des Ministerpräsidenten wiederum ergebnislos verlaufen, nachdem auch der Kandidat der Sozialisten, Genosse Fleißner, ohne die Stimmen der Altsozialisten die zur Wahl erforderliche absolute Mehrheit nicht erreichen wird.

Gesandtenwechsel. In den Kreisen der bulgarischen Regierung wird damit gerechnet, daß der Gesandte Bulgariens in Berlin, Popoff, und der Gesandte in Prag, Michaltscheff, beides Universitätsprofessoren, demnächst auf ihren eigenen Wunsch abberufen werden, um ihre Lehrstühle wieder einzunehmen. Ihre Nachfolger sind noch nicht bestimmt, vermutlich werden sie aus den Kreisen des Parlaments entnommen.

Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz gegen Schmutz und Schund. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, wird die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz gegen Schmutz und Schund auch im Falle der Annahme des Gesetzes in der vorliegenden Form durch den Reichsrat noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Man rechnet damit, daß die Ausführungsbestimmungen im Frühjahr 1927 fertiggestellt sein werden, so daß das Gesetz im März oder April nächsten Jahres wirksam werden kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261207-12/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Hora 42/44. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

SAJ. Wir treffen uns heute abend 1/28 Uhr im Jugendheim, um geschlossen nach dem „Volkspark" zu gehen. Pünktliches Erscheinen eines jeden ist Pflicht.

Arbeiter-Wohlfahrt. Dienstag, den 14. Dezember, 8 Uhr abends, im „Gewerkschaftshaus": Mitglieder-Versammlung. Besprechung der Weihnachtsfeier.

— **Päststube Süd.** Die Päststunde findet in dieser Woche am Donnerstag statt und beginnt bereits um 2 Uhr. Weihnachtsarbeit, daher alles zur Stelle.

Aus dem Bezirk

Könnern Arbeiterwohlfahrt. Die Päststunde findet am Mittwoch abend 8 Uhr bei der Genossin Eck statt.

Neundorf bei Leuchhammer. Frauengruppe. Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, bei Weinert.

Bettin Freitag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, im „Kleinen Schweizerling" Mitgliederversammlung. Referent Genossin Rockmann. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

Vorstandsmitglieder und Abteilungsführer werden um bestimmtes, pünktliches Erscheinen zur Sitzung des Veranstaltungsausschusses Mittwoch, 8. Dezember, abends 8 Uhr, ins „Gewerkschaftshaus" gebeten. J. A. Klemid.

Sämtliche Abteilungen beteiligen sich an der Sonnabend, den 11. Dezember, abds. 1/28 Uhr, stattfindenden Veranstaltung des Jung-Reichsbanners im „Volkspark". Fahnen zur Stelle! Der Vorsitzende. ges. Ferchlandt.

Jung-Reichsbanner. Sonnabend, 11. Dez., abends 1/28 Uhr, findet im „Volkspark", Burgstraße, eine Werbeveranstaltung statt, an der wir uns alle beteiligen. Gäste willkommen. Der Jugendleiter.

Sonstige Vereine

Freier Sängerchor Halle

Für die am 26. Dezember stattfindende Weihnachtsfeier verbunden m. Kinderbescherung, müssen die Kinder, welche daran teilnehmen, bis Mittwoch, den 8. Dezember, angemeldet werden. Später eintreffende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Die Vereine werden gebeten, bei Abgabe von Mitteilungen für den Vereinsanzeiger stets anzugeben, wie oft oder an welchen Tagen die Mitteilungen erscheinen sollen

Stadt-Theater

Heute 8404
Dienstag 8 Uhr:
Die Zauberflöte.
Mittwoch 8 Uhr:
Das Schiedsgericht
Hierauf:
Der zerbroch. Krug

Walhalla
Tel. 28385
Leitung: C. Offers.
Täglich 8 Uhr abds.
Endlosen Beifallsjubel
erzielt allabendlich
Adele Morow
mit ihrem Kamel.
Außerdem das auserwählte
Attraktions Varieté-Programm 8386
Ermäßigte Preise.
Mittwoch, 8. Dez., nachm. 1/4 Uhr:
Rotkäppchen
Ein Waldmärchen in fünf Akten mit dem Schweizer Kinderballett (12 kleine Tänzerinnen).
Preise v. 0,30—1,25 Mk.

Alle Anzeigen finden im „Volksblatt" guten Erfolg

Backartikel
und sonstige 7918
Kolonialwaren
sehr preiswert
Edmund Sorg,
Hermannstr. 7.

Auch Sie sollten bedenken, wie leicht man heute kaufen kann. Mein äußerst bequemes Teilzahlungs-System versetzt Sie in die angenehme Lage, sich gut zu kleiden, **ohne gleich zu zahlen!**
Herren- und Damen-Konfektion
Leib- und Bettwäsche jeder Art
Kleine An- und niedrige Abzahlung 8406
Wäsche- und Konfektions-Vertrieb
Hermann Wagenberg
Halle a. S. — Große Ulrichstraße 4, I. Etage

Geschäfts-Eröffnung!
Sanitäts-Drogerie
JOHANNES MAROLD
Merseburg
Fernruf 1001 Weißenfelser Straße 30
Drogen :-: Verbandstoffe :-: Farben
chirurg. Gummiwaren
Maler-Utensilien :-: Bürstenwaren
Toilette-Artikel
Zigarren :-: Zigaretten 8391

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Nähmaschinen
Sprechapparate
Schallplatten
Nadeln
Wringmaschinen
Taschenlampen
Batterien
billigst 7967
Max Schneider
Merseburg, Schmale Straße 19

Alle Sorten
Häute und Felle
kaufen zu reellen Tagespreisen
Gebr. Danglewitz
Halle a. S.
Daselbst 8401
billige Fell-Vorleger,
Seals, Biberette,
Skunkskanin
zu modernen Besätzen.

Gute Reklame
durch inserieren im „Volksblatt" bringt
Gute Geschäfte

Alle Drucksachen
liefert die
Hallesche Genossenschafts Buchdruckerei

Filzschuhe, Holzschuhe
alle Sorten Pantoffeln
Max Fricke 27
Kleine Ulrichstraße Nr.
gegenüber Schuhhaus Wiebach.

von 2 Mark an 7251
C. Klappenbach & Co.
Halle a. S. — Gr. Ulrichstrasse 41

Haarpflege des Herrn?

Ja, aber schnell muß es gehen! In 5 Minuten wird Ihr Haar gründlich gereinigt und gleichzeitig locker und „leicht zu frisieren": durch Schwarzkopf's bewährte Kamillen-Haarwäsche. Wöchentlich einmal. Die 2 Mk.-Flasche reicht mehrere Monate.

Schwarzkopf Kamillen Haarwäsche
reinigt durch Seife - kräftigt durch Kamille

Neu! Neu! 8392
Conrads Rasier-Salon
Langestr. 1
Rasieren 15 ₰
Haarschneiden 40 ₰
Schnellste Bedienung.

Volkspark.
Täglich:
Kräftigen Mittagstisch
zu 75 Pfennig. 7390

Zirkus Renz
kommt! 8299

Bücherei des Vereins für Volkswohl
Salzgrafenstraße 2
Ausleihe für jedermann
von 11 bis 12 1/2 Uhr, 4 1/2 bis 7 Uhr bzw. Dienstag und Freitag von 6 bis 8 1/2 Uhr.
Leihgebühr für ein Buch auf 3 Wochen 10 Pfg.
Ueber **12000** saubere Bände jeder Richtung für alt und jung.

Zum Weihnachtsfeste

liefern wir aus bestem Rohmaterial hergestellt:

Mandelstolle I, 4 Pfund schwer ..... **5,00** Mk.
Mandelstolle II, 4 Pfund schwer ..... **4,00** Mk.
Rosinenstolle I, 4 Pfund schwer ..... **5,00** Mk.
Rosinenstolle II, 4 Pfund schwer ..... **4,00** Mk.

Ferner empfehlen wir die vorzüglichen Erzeugnisse unserer
Honigkuchen-Bäckerei
sowie sämtliche Artikel zur Weihnachtsbäckerei

Allgemeiner Konsumverein Halle

Unermüdlich bauen große und kleine Kinder hunderterlei Sachen: Möbel, Wagen, Seilbahnen, Autos und bewegliche Maschinen aller Art mit
Korbaly's Bankasten
Matador.
Matador, ein urwüchsiges, sehr reiches Beschäftigungsmittel. Bauelemente sind präzise, nach allen Richtungen gelochte, hölzerne Klötze, Brettchen und Räder, die mit Stäbchen verbunden werden.
Preise:
Vollständiger Matador mit vielen Vorlagen Mk. 1.20, 2.70, 4.60, 6.90, 11.50, 16.–, 25.–

Matador-Baukästen in allen Größen vorrätig in der
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a S., Gr. Ulrichstr. 27.

Reizende Neuheiten in Herren- und Damen-Armband-Uhren
nur in gediegenen Ausführ. Prima Werke
Rich. Voss, Leipziger Str. 1
im alten Rathaus.

Gebrüder Goldmann
Merseburg, Kl. Ritterstraße 4
Größtes Spezial-Schuhwarenhaus
Qualitätswaren zu billigsten Preisen

Otto Zielke
Färberei u. chem. Waschanstalt
Einziger Betrieb am Platze
Fabrik:
Hallische Straße 30
Läden:
Gotthardtstr. 28 Hallische Str. 30
Telefon 220

Herren- u. Knaben-Moden
Arbeits- u. Berufskleidung
Otto Schmidt
Merseburg, Kl. Ritterstr. 12
Langjähriger Geschäftsführer der Fa. S. Weiß

OTTO WIRTH
Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Damenwäsche
Gardinen und sämtl. Aussteuer-Bedarfsartikel
Telefon 549 **Merseburg** Burgstr. 9

Merseburg
DEZEMBER

ANGEBOTE

Paul Ehlert Nfg.
Merseburg
Das führende Haus für
Porzellan
Glas
Haushaltwaren
Niedrigste Preise

C. F. Siebert
Feinkosthaus
Nordsee-Fischhalle
Merseburg Markt 33

Otto Bretschneider
Merseburg, Kl. Ritterstr. 5
Eisenhandlung
Haus- und Küchen-Geräte

Bernhard Reiche / Merseburg
Entenplan 3 Telefon 354
Größte Spezial-Abteilungen in
Seiden-, Kleider- und Herren-Stoffen :-: Herren-, Damen- und Kinderwäsche :-: Leinen und Baumwollwaren :-: Bettfedern :-: Gardinen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261207-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 7. Dezember 1926.

SPD., Ortsverein Halle.

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des „Volkspark", Burgstraße 27,

Mitgliederversammlung.

Genosse Pfarrer Kötzschke (Prösen) wird über das Thema sprechen:

„Kirche, Christentum und Sozialismus".

Ja, die Straßenbahn ...

I.

Keuchend, schwitzend, prustend rennt ein Männlein hinter der Sieben her, die eben von der Alten Promenade abfährt. Jetzt, jetzt ... hopsa! Es ist erreicht! Er ist noch mitgekommen. Er sinkt auf die Bank im Wagen nieder wie ein Sechstagefahrer nach einem schweren Spurt auf sein Ruhebett.

„Wohin bitte?"

„Zum Bahnhof."

„Da fahren Sie aber in verkehrter Richtung. Wir fahren nämlich zum Zoo."

Der Begriff Zoo mußte unangenehme Assoziationen im Gehirn des irrfahrenden Odysseus ausgelöst haben, denn er sprang alsbald auf und wäre ohne Zweifel auch abgesprungen von dem rasenden Wagen, wenn ihn nicht der Schaffner im letzten Moment, am Genick zufassend, zurückgerissen hätte.

Ein menschenfreundlicher Beamter! denke ich, vielleicht hat er jetzt einer Familie den Vater erhalten.

„Halt, mein Herr, erst bezahlen, dann können Sie abspringen!"

Oh, du braver, prächtiger Lebensretter! Das Motiv deiner Tat wird dich ewig als das Muster eines Straßenbahnschaffners in meinem Gedächtnis fortleben lassen.

II.

Der Dreißigste! Da gibt's für den Angestellten, den nicht das Unglück traf, arbeitslos zu sein, Moneten. An diesem Tag der Empfängnis ist die Straßenbahn voller als sonst. Jeder fährt dann nach Hause, sei es, um das Geld möglichst rasch an die harrende Gemahlin abzuliefern, sei es, um der Versuchung zu entgehen, die dann allerorten aus den Schaufenstern grinst.

Und wieder ist's die Sieben! Voll wie eine Heringstonne. Hering in Gelee! Denn die dicke Luft im Wagen verkittet die Individuen zu einer Masse. Ganz hinten im Wagen stehen zwei Jünglinge. Die feixen. Sie wissen, daß sie umsonst fahren werden: Denn bis der Schaffner sich zu ihnen durchgekämpft hat, sind sie längst an ihrem Ziel.

„Haben Sie 's denn nicht klein? Ich kann unmöglich wechseln."

„Ich hab's aber doch nicht anders. Zwanzig Mark ist das kleinste."

„Ja, dann müssen Sie eben aussteigen!"

„Oho! Ich will bezahlen, ich werde bezahlen und also haben Sie kein Recht, mich aus dem Wagen zu weisen."

Man hört zustimmendes Gemurmel.

„Ich kann aber nicht wechseln. Und umsonst dürfen Sie nicht fahren."

Schulstraße Drei Fahrgäste steigen aus. — Abfahrt.

Der Streit geht weiter: „Wo steht das, daß ich 15 Pfennig abgezählt haben muß, wenn ich fahren will?"

„Also ich sage Ihnen: Entweder bezahlen Sie jetzt oder ich lasse halten ..."

Der also Angeredete hält wieder seinen Zwanziger hin.

„Ist denn kein Jurist im Wagen, der die Frage entscheidet?"

Kleinschmieden. Drei weitere Fahrgäste steigen aus. Merkwürdig eilig. — Abfahrt.

Der Schaffner und der mit dem Zwanziger geraten scharf aneinander. Schimpfworte fliegen. Handgemenge droht.

„Nun, regen Sie sich nicht weiter auf, ich steige ja schon aus", lenkt der mit dem Zwanziger ein, als der Wagen am Markt hält. Und er steigt in der Tat aus. Mit ihm weitere fünf Fahrgäste. Der Schaffner glänzt:

„Wäre ja auch noch schöner. Da könnte jeder kommen und umsonst fahren wollen. Das gibt's denn doch nicht bei uns."

Ein prächtiger Mann, ein erstklassiger Beamter in der Tat! Der ist auf den Vorteil der Stadt aus wie der ††† Gottseibeiuns auf die armen Seelen.

Oder ist jemand vielleicht anderer Meinung? G. H.

Immer wieder Darlehnsschwindler.

Kleine Handwerker und Geschäftsleute die Geprellten.

Bekanntlich ist nichts einträglicher, als die Not anderer Leute auszunutzen. Aber auch nichts ist gemeiner! Eine solche Betrügerfirma ist die „Deutsche Immobilien- und Finanzierungs-Gesellschaft, Inhaber Fritz Donath und Nitschke, in Berlin. Diese haben zwar überhaupt keine Kapitalien auszuleihen, dafür leben sie aber desto herrlicher und in Freuden von den Spesen, die sie sich gleich bei Stellung eines Antrages von den Darlehnsuchern bezahlen lassen. Damit der Betrug gleich im großen betrieben werden kann, hat die „Firma" in größeren Städten Filialdirektoren, und diese haben wieder Agenten. Für Halle war Filialdirektor der mehrfach vorbestrafte 67 Jahre alte „Kaufmann" Karl Probst. Dieser saß kürzlich wegen Betruges in 33 Fällen auf der Anklagebank vor dem Schöffengericht Halle.

Es waren fast immer kleine Geschäftsleute, Handwerker und Beamte die ihn aufsuchten, um Geld aufzunehmen. Jedem gab der Herr Direktor auf Ehrenwort das Versprechen: „Gewiß kriegen Sie Geld, bestimmt binnen zehn Tagen! Sie haben ein unbelastetes Haus? Nehmen Sie doch ruhig 1000 Mk. mehr! Was wollen Sie mit so wenig anfangen?" — „So bitte, das kostet ½ Prozent der beantragten Darlehnssumme als Provision!" Von dieser Provision behielt der Herr Direktor selbst zwei Drittel, den Rest schickte er nach Berlin. Die Vorschüsse, die er so erhielt, stiegen von 15 bis zu 200 Mk. Wurden Grundstücksspapiere eingereicht, kam von Berlin die Anfrage zurück: „Haben Sie keine anderen Sicherheiten, wir können auf Grundstücke nichts geben!" Wurden andere Sicherheiten angeboten, hieß es: „Haben Sie kein Grundstück?"

Probst redete sich aus, er habe nicht gewußt, daß die Berliner solche großen Gauner seien. Das Gericht hielt bei den ersten 30 Fällen diese Unwissenheit zwar nicht für wahrscheinlich, aber immerhin doch für möglich, und sprach ihn hierfür frei. Aber bei den letzten drei Fällen mußte es ihm bei seiner sonstigen geschäftlichen Tüchtigkeit sicher gedämmert haben. Für diese drei Fälle erhielt der mehrfach Vorbestrafte sechs Monate Gefängnis.

Die „Freie Schulgesellschaft" veranstaltet am Freitag, dem 10. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark" eine **Werbeversammlung.** Mitwirkende: Proletarische Kulturvereinigung, Arbeiter-Frauen- und Mädchenchor, Naturfreunde, Schulkinder und Lehrkräfte der weltlichen Schulen. Als Redner ist ein Elternbeiratsmitglied einer Magdeburger weltlichen Schule gewonnen. Alle Eltern, die sich in den Sinn der weltlichen Schule einführen lassen wollen, sind eingeladen. Eintritt gegen Entnahme eines Programms zu 10 Pf.

Erweiterung der Linie 8. Die Strecke der Linie 8 ist nunmehr bis zur Schwuchtstraße fertiggestellt. Die Bahn wird von heute ab die erweiterte Strecke befahren.

Block der Dunkelmänner.

Der Ordnungsblock auf Halles Stadthaus verhindert die Aufklärung des Stadtbankskandals. / Oberblockstratege Minner sagt: „Begraben wir!"

Weihnachtsbeihilfen

für die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten

Nun hat der Stadtbankskandal gestern im Stadthaus seine Krönung erfahren: Der Ordnungsblock, dessen Exponenten anläßlich der ersten Debatte über den Skandal als moralische Scharfrichter aufgetreten waren, deren Pathos den Eingeweihten indessen keinen Augenblick über die Hohlheit ihrer Entrüstung hinwegtäuschen konnte, hat sich gestern in bengalischer Beleuchtung als Block der Dunkelmänner erwiesen. Herr Minner, der „Demokrat", hatte sich wiederum zum Sprecher der Dunkelmänner gemacht und faßte deren Streben in dem totengräberischen Ruf zusammen: „Begraben wir den Skandal!" Derselbe Herr Minner, der vor Monaten vor Entrüstung triefte, dem die Sonne ein zu erbärmliches Lichtlein war, um den Sumpf zu illuminieren, hatte gestern seine Rhetorik in die Kluft des Totengräbers gekleidet und forderte das Begräbnis des historischen Skandals im Namen seiner Gesinnungsgenossen. Das sang- und klanglose Begräbnis in einem tiefen Schacht, in den kein Lichtstrahl sich je verirren wird.

Unsere Prognose, die wir vor Monaten stellten, daß es dem Ordnungsblock niemals ernst war noch ist mit der Aufklärung der Stadtbankaffäre, hat somit ihre volle Bestätigung gefunden in der gestern zutage getretenen Wandlung des spiritus rector der Rechten, Herrn Minner, vom Illuminator zum Totengräber.

Versteht sich, bei der servilen Einstellung „Seines" Ordnungsblocks, daß Herr Rive wiederum durch Abwesenheit glänzte, ja daß sogar der Stuhl des unübertrefflichen Finanzgenies, des Bürgermeisters Seydel, unbesetzt war.

*

Der Verlauf der Sitzung.

Vorsteher Busse eröffnete die Sitzung mit halbstündiger Verspätung, um alsbald sein Amt dem stellvertretenden Vorsteher, „Demokraten" Hoe, zu übergeben, dessen skandalöse Geschäftsführung dem Schriftführer des Bureaus, Genossen Dürrfeld, Anlaß gab, sein Amt am Schluß der Sitzung niederzulegen. Was Herr Hoe demonstrierte an Unfähigkeit und Parteilichkeit, war in der Tat geeignet, den Rücktritt des Genossen Dürrfeld zu motivieren.

Dann gab Stadtv. Illgenstein als stellvertretender Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses den Bericht über die „Geschichte" dieses Ausschusses, der mit der Aufklärung der Zusammenhänge beauftragt war, der aber durch den demonstrativen Austritt der Ordnungs-, nunmehrigen Dunkelmänner, aufgeflogen war. Illgenstein erhofft von den Ergänzungswahlen zum Ausschuß Männer, die mit Interesse und Pflichtbewußtsein an der Aufklärung des Skandals arbeiten.

Illgensteins Hoffnung erwies sich aber alsbald als trügerisch, denn Stadtv. Spiele stellte den Antrag auf Wiederwahl der bisherigen Ausschußmitglieder des Ordnungsblocks. Als dann Herr Minner kinstelte mit seinem Begräbnispsalm, da schwand auch dem bisher Unbelehrbaren der Zweifel, daß es der Gefolgschaft des Totengräbers Minner

in keinem Augenblicke ernst war mit der Aufklärung des Skandals.

Vorsteher-Stellvertreter Hoe

der „Präsident von gestern", an dessen wuchtig r Persönlichkeit wir eine Beschneidung vornehmen mußten, um sie in unseren Spalten unterzubringen.

Stadtv. Müller (SPD.) charakterisierte die Lage trefflich als er, nachdem Herr Minner den rhetorischen Klimax erklommen hatte mit dem pathetischen Ruf: Begraben wir! diesem zurief: **„Und das sagt Herr Minner, der schonungslos alles aufdecken wollte."** Herr Minner brachte am Ende seiner Rede folgenden Antrag ein:

1. Die Untersuchung (!?) in der Stadtbankangelegenheit durch den Rechts- und Verfassungsausschuß ist mit Rücksicht auf die schwebenden Straf- und Disziplinarverfahren nicht fortzusetzen, zumal da die Geheimhaltung der Verhandlungen nicht allseitig gewährleistet ist.

2. Die Stadtverordnetenversammlung mißbilligt die Geschäftsführung der für die Leitung der Stadtbank verantwortlichen Stellen,

dessen erster Absatz noch übertroffen wird von der billigen Phraseologie des zweiten.

Dann ergriff Stadtv. Schaumburg (SPD.) das Wort zur Charakteristik des Sprachrohrs der Rechten, Herrn Minners.

Ausgerechnet Herr Minner,

der ein einziges Mal, und auch da nur, um zu sprengen, eine Stunde lang den Verhandlungen des Ausschusses beiwohnte, nimmt sich hier das Recht der Kritik — führte Schaumburg aus und machte dann noch einmal den Kontrast zwischen dem entrüsteten Minner, dem „Aufdecker" von damals und dem Totengräber von heute deutlich.

Ausgerechnet ein Demokrat muß die Geschäfte des Ordnungsblocks besorgen,

fügte Schaumburg hinzu und betonte seinerseits, daß die Verhandlungen des Ausschusses keineswegs resultatlos verlaufen seien, daß eine Weiterarbeit des Ausschusses vielmehr Gewähr geboten hätte für völlige Aufklärung nach mancher Seite hin.

Die Sprengung des Ausschusses war bewußt vorgenommen

ohne Notwendigkeit. Auf eine Minnersche Phrase, daß die Kreise, die von der Linken vertreten würden, nicht geschädigt seien durch den Skandal, also kein Recht hätten sich „aufzuregen", erwiderte Schaumburg, daß die

Arbeiterklasse bekanntermaßen den Hauptanteil an Steuern aufbringe, mit denen man das Loch im Stadtsäckel zustopfen würde.

Nachdem der Ausschuß seine Tätigkeit eingestellt habe, müßte — so forderte Schaumburg — über die Anträge der Fraktionen, die vor Monaten gestellt waren, im Plenum verhandelt werden. Schaumburg brachte aus diesem Grunde den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den wir hier wiederholen, erneut ein:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Dem Oberbürgermeister Rive und Bürgermeister Seydel wird das Vertrauen entzogen.

2. Ihre Suspendierung vom Dienst ist bei der Aufsichtsbehörde sofort zu beantragen.

3. Das gegen Berger und Genossen eröffnete Untersuchungsverfahren wird auf Bürgermeister Seydel ausgedehnt. Die erforderlichen Schritte sind sofort zu unternehmen.

4. Der Magistrat wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, die schuldigen Beamten für den durch Stadtbankverluste der Stadt entstehenden und entstandenen Schaden zivilrechtlich haftbar zu machen.

Dann wurden die Abstimmungen vorgenommen. Der Antrag, den Treuhänderbericht jedem Stadtverordneten in Abschrift zuzustellen, wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Linken und des Völkischen Dr. Schunke. Auch ein rasch eingebrachter Eventualantrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Fraktionsvorsitzenden den Bericht auszuhändigen, fand keine Mehrheit. Der Antrag Minner wurde mit 29:23 Stimmen angenommen.

Nunmehr machte Vorsteher Hoe den Versuch, die Anträge der Linken, die im aufgeflogenen Ausschuß nicht behandelt wurden, durch einfache Abstimmung zu „erledigen", obgleich sie nicht auf der Tagesordnung standen. Ein Protesksturm der Linken war die Antwort auf diesen Hoeschen Versuch des Rechtsbruches. Als Genosse Dürrfeld auf das geschäftsordnungswidrige Verfahren Hoes hinwies, beantragte „Rechts"anwalt Hirsch, die Anträge für dringlich zu erklären, damit die Möglichkeit bestand, sie durch Abstimmung sofort abzuwürgen. Minner präzisierte die Sache gar dahin, daß „beide Anträge der Linken erledigt" sein sollen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag Minner ergab sich zur großen Ueberraschung der Ordnungsblöckler Ablehnung mit 22:23 Stimmen. Einige Herren und Damen des Blocks hatten beim Kaffeetrinken die Abstimmung verfäumt. Sie erhielten, als sie schließlich bedröppelt angeschlichen kamen, von den Obermachern den entsprechenden Rüffel. An der Tatsache konnte das allerdings nichts mehr ändern, daß **der Antrag der Sozialdemokraten,** den wir vorstehend wiederholten, **in der nächsten Sitzung behandelt** werden muß.

Nachdem sich der Heiterkeitstumult gelegt hatte, gelangte, kurz vor Schluß der Sitzung, ein modifizierter Antrag, den bereits die sozialdemokratische Fraktion gestellt hatte zur Annahme, wonach den **städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Weihnachtsbeihilfe gewährt wird, deren Höhe die gleiche ist, wie die für die Beamten des Reiches.** Die Mittel werden dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds entnommen.

Zu Notaren ernannt wurden die beiden hallischen Rechtsanwälte W. Nemann und E. Weckwerth.

Von einem Motorradfahrer zu Boden geworfen Montag mittag wurde an der Ecke Tor- und Zwingerstraße eine 61jährige Frau beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Die Frau erlitt Verletzungen und wurde mittels Krankwagens ihrer Wohnung zugeführt.

Durchgebrannter Schuldenmacher. Der Kaufmann Max Reichardt, Inhaber einer Zigarrenhandlung, ist flüchtig geworden. Er hatte sich von verschiedenen Firmen Tabakwaren im Gesamtwerte von 70 000 bis 90 000 Mark liefern lassen, ohne die Schulden begleichen zu können. Wie man annimmt, hat sich der Flüchtling nach dem Auslande begeben.

Die üblichen Karambolagen. In der Leipziger Straße erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Straßenbahnwagen, wobei ersterer schwer beschädigt wurde. In der Merseburger Straße passierte ein Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Straßenbahnwagen, wobei an letzterem eine Scheibe des Vorderperrons zertrümmert wurde. Personen kamen nicht zu Schaden.

Störungen des Straßenbahnverkehrs. Gestern nachmittag riß auf dem Miebeckplatz an einem mit Brettern beladenen Wagen die Haltekette, wodurch ein Teil der Ladung herabfiel und auf die Straßenbahngleise zu liegen kam. Bis zur Beseitigung der Bretter mußte der Straßenbahnverkehr unterbrochen werden. In der Großen Brunnenstraße entstand dadurch eine Verkehrsstörung, daß an dem Anhängewagen eines Arbeitswagens der Straßenbahn eine Achse brach, wobei die aus Schienen bestehende Ladung herausgeschleudert wurde.

Walhalla. Morgen nachmittag ¼4 Uhr (nicht 4½ Uhr) findet eine Kindervorstellung „Rotkäppchen" bei ganz kleinen Preisen statt. (Siehe Anzeige).

Bruckdorf. Grube Alwine regt sich! Am Sonntag fand im „Leuchtturm" eine starkbesuchte Belegschaftsversammlung der Grube Alwine statt, in der Bezirkssekretär Hesse über die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens sprach. Seine Ausführungen fanden einmütige Zustimmung, ebenso die folgende Entschließung: „Die öffentliche Bergarbeiterversammlung beräßt das Vorgehen der freien Gewerkschaften, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen und verspricht weitestgehende Unterstützung durch Beitritt zu den Verbänden. Die Versammlung lehnt die Führung ihrer Interessenvertretung durch den Werksverein entschieden ab. Die Versammlung fordert die Belegschaft auf, bei der Betriebsratswahl ihre Stimme der Liste 2 der Liste der freien Gewerkschaften zu geben". — Die Betriebsratswahl findet am Mittwoch, dem 8. Dezember, von früh 6 bis abends 7 Uhr im Reichenhaus statt. Die gesamte Belegschaft wird aufgefordert, Mann für Mann zur Wahl zu gehen und ihre Stimme der Liste 2 der Liste der freien Gewerkschaften zu geben. Keine Stimme darf für die Liste 1, für den Gelben Werkverein, abgegeben werden.

Döllnitz. Neuer Parteiwirt. Als Nachfolger des verstorbenen Gastwirts Schulze hat der frühere Wirt des hallischen Schießhauses „Heide" die Bewirtschaftung der altrenommierten Gastwirtschaft „Zum goldenen Stern" übernommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261207-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

An die Ortsvereine.

Wir machen die Ortsvereine darauf aufmerksam, daß das Geschäftsjahr 1926 mit dem 31. Dezember zu Ende geht. Bis zu diesem Termin muß der Organisationsapparat vollkommen in Ordnung gebracht werden, damit der Jahresabschluß pünktlich vorgenommen werden kann.

Dringend notwendig ist besonders, daß alle Beiträge für das Jahr 1926 in den nächsten Wochen restlos kassiert werden. Beitragsrückstände darf es zu Beginn des neuen Jahres nicht geben.

An die Kassierer richten wir die Bitte, die Abrechnung für das letzte Quartal Oktober-November-Dezember am 31. Dezember sofort fertigzustellen und einzusenden.

Wir hoffen, daß alle Ortsvereine ihre Pflicht gewissenhaft erfüllen und das alte Jahr ordnungsgemäß und pünktlich abschließen.

Bezirksvorstand der SPD. Halle.

Gemeindevertreterkonferenz in Delitzsch.

Am Sonntag fand in Delitzsch eine für den westlichen Kreisteil einberufene Gemeindevertreterkonferenz statt, die sehr anregend verlief und in der Genosse Buhle über „Unsere Aufgaben in der Gemeinde" referierte. Im ersten Teil des Referats behandelte Redner unsere grundsätzliche Stellungnahme zu den Vorlagen in der Gemeindeverwaltung. Von einer Demokratisierung der Verwaltung, so bemerkte er, hat sich auch in der Nachkriegszeit in den Gemeinden recht wenig bemerkbar gemacht. Bei einer ganzen Reihe von Vorlagen, die wir zu erledigen haben, unterliegen wir der Aufsicht irgendeiner vorgesetzten Behörde. Diese Bevormundung ist nach Meinung des Genossen Buhle heute nicht mehr am Platze, und dadurch ist die Gemeinde auch mehrfach nicht in der Lage, ihre Aufgaben, besonders auf sozialem Gebiete, zu erfüllen. Trotzdem dürfen wir uns von der Lösung der dringenden Aufgaben durch keinerlei Beschwerden abhalten lassen. Auf dem Gebiete des Schulwesens, des Wohnungsbaues, der Unterstützungsfürsorge, des Wegebaues und weiterer anderer Angelegenheiten müssen wir unsere ganze Kraft entfalten, um zu einem für die werktätige Bevölkerung günstigem Verhältnis zu kommen. An Hand von Beispielen zeigte der Redner, daß es sehr wohl möglich ist, d. h. nur bei tatkräftigem Zufassen, in unserem Sinne die Gemeindefragen zu regeln.

Im zweiten Teil des Referats legte Genosse Buhle dar, welche Rechte und Pflichten der Gemeindevorsteher, die Schöppen und die Gemeindevertreter, Magistrat und Stadtverordnete haben. Auch dabei zeigte es sich wieder, daß die Gemeindeverwaltung in ihrem Handeln durchaus nicht frei ist. Fast überall lugt die Bevormundung einer vorgesetzten Behörde hindurch. Sei es bei Veräußerung von Grundstücken, Aufstellung des Haushaltsplanes, Legung der Gemeinderechnung usw. Um in ihrem Handeln der Gemeindevertretung eine größere Freiheit zu geben, sei deshalb die völlige Demokratisierung vonnöten.

Eine lebhafte Diskussion, an der eine ganze Anzahl Redner teilnahmen, und in der besonders die Wohnungsfrage, die Allgemeinfürsorge und der Wegebau behandelt wurde, beschloß die von dem Streben nach Vorwärts getragene Sitzung mit dem Wunsche, beim Auftauchen irgendwelcher für die Gemeindeverwaltungen wichtiger Fragen sofort wieder eine Sitzung einzuberufen.

*

Eine gleiche Konferenz wird am 12. Dezember, vormittags 9 Uhr, in der „Stadthalle" zu Eilenburg für den östlichen Kreisteil abgehalten.

Alle Mitglieder, die in den Gemeinde-, Stadt- oder Kreisparlamenten irgendwie tätig sind, laden wir dazu freundlichst ein und erwarten ihre Teilnahme. Die Unterbezirksleitung.

Sangerhausen. Aus der Partei. In der letzten Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß im Januar mehrere Bildungsvorträge stattfinden. Genosse Schulz (Halle) wird über die Entwicklung der Parteiprogramme und über „Führer und Masse" in der Demokratie" sprechen. Es ist zu wünschen, daß die Vorträge von den Parteimitgliedern rege besucht werden. Dann wurde die zur Tagesordnung stehende Frage, Hohenzollernvergleich und sozialdemokratische Fraktion, behandelt. Zwei Referenten, die Genossen Waentig und Christange waren erschienen. Ein Redner sollte für und einer gegen die Haltung der Fraktion reden. Beide Referate wurden ruhig entgegengenommen. Sie brachten über den Rahmen dessen, was durch die Presse bereits bekannt war, nichts Neues von Wichtigkeit. Beide Redner sagten im wesentlichen dasselbe; sie unterschieden sich nur darin, daß Genosse Waentig zum Schluß erklärte, er trete voll und ganz für die Haltung der Fraktion ein, während Genosse Christange zum Ausdruck brachte, Gegner dieser Haltung zu sein. — In der Diskussion erklärten zwei Genossen, daß nach Anhörung der Referate ihre scharfe Gegnerschaft etwas besänftigt sei, drei Genossen dagegen betonten, daß auch die beiden verteidigenden Referate sie nicht davon überzeugen konnten, daß die Haltung der Fraktionsmehrheit richtig war. Im Schlußwort beschäftigte sich Genosse Waentig hauptsächlich mit den Ausführungen des Genossen Brüll, der seinen gegenteiligen Standpunkt begründet hatte. Genosse Waentig bedauerte, daß die Gegner der Fraktionsmehrheit Gegner jeder praktischen Mitarbeit im Staate seien und Opposition um der Opposition willen wollten. Genosse Brüll stellte diese Entgleisung Waentigs richtig. Im übrigen war die Aussprache sehr kameradschaftlich. Eine Abstimmung fand nicht statt.

Eilenburg. Die Mitgliederversammlung der SPD hatte diesmal einen guten Besuch aufzuweisen. Gespannt und mit großer Ruhe folgte man den geistig sehr hochstehenden Vorträgen des Genossen Oberlehrer Stengel (Halle) über „Sozialistische Kultur". Im Werte, Wesen und Ziele wurde auf die am 2. Weihnachtsfeiertag in der „Stadthalle" stattfindende Feier für unsere Kinder hingewiesen. Diese beginnt nachmittags 3 Uhr. Abends von 7 Uhr an findet ein gemütlicher Tanz statt.

Eilenburg. Die Bezirkswirtschaftsschule des ADGB. findet nicht Sonnabend und Sonntag, sondern nur Sonntags von 9 Uhr vormittags bis ½2 Uhr nachmittags in der „Stadthalle" statt. Anfang am kommenden Sonntag, dem 12. Dezember.

Eilenburg. Die Einbrüche in Pfeifers Buttergeschäft und der Neubauer gehen ihrer Aufklärung entgegen. Vor einigen Tagen wurden zwei schwere Einbrecher auf frischer Tat in Leipzig auf dem Südplatz ertappt und festgenommen. Es sind dies der wiederholt mit Zuchthaus vorbestrafte 26 Jahre alte Schlosser Oskar Bachmann aus Hohenleina und der ebenfalls schwer vorbestrafte gleichaltrige Klempner Friedrich Hetzel aus Niederrach. Beide haben sich in einer Strafanstalt kennen gelernt. Bei ihnen fand man zwei Münzen der Eilenburger Schützengesellschaft. Die Leipziger Kriminalpolizei verständigte die hiesige Behörde und diese sandte Herrn Pfeifer nach Leipzig, wo Pf. die Münzen als sein Eigentum erkannte. Vermutlich kommen die Einbrecher auch für dem Einbruch in Neubauers Lebensmittelgeschäft in Frage. In Leipzig sind ihnen bereits sechs weitere Einbrüche nachgewiesen.

Eilenburg. Weitere Einbrüche. Ein weiterer Einbruch ist in das hiesige Amtsgericht ausgeführt worden. Hier sind Diebe in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag durch das Fenster in das Bureauzimmer des Rendanten eingestiegen, in welchem sich die Gerichtskasse befindet. Sie erbrachen das Pult, in welchem sich tagsüber die Gelder befinden. Sie fanden aber leere Behälter, denn der Beamte hringt nach Schluß der Dienststunden das Geld in den Tresor unter. — Ein dritter Einbruch ist auf dem Schießstand der Wilhelmshöhe in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ausgeführt worden. Hier entwendete man eine halbe Flasche Kognak Zigarren und Zigaretten. Außerdem nahm man ein Gewehr mit, welches vergessen worden ist an Ort und Stelle zu schaffen. Allerdings ist in dem Gewehr kein Schloß enthalten, da dieses der Verein mit nach Hause genommen hat. Das Gewehr gehörte dem Republikanischen Schützenbund (Kleinkaliberschießsport). Ein zweites Gewehr hat man auch ausgepackt und stehengelassen, da man jedenfalls gemerkt hat, daß kein Schloß darinnen ist. Ob es sich hier um einen Racketat handelt oder um einen Einbruch wird die polizeiliche Ermittlung ergeben.

Falkenberg. Die Führer des DBV. Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes hatte beschlossen, am Sonntag in einer machtvollen Kundgebung den neuen Deutschen Beamtenbund zu feiern. Es war aber eine machtvolle Pleite, die besonders noch dadurch groß wurde, daß Herr Wienand aus Halle einen unaehveren Bildsinn verzapfte, so daß mancher erschienene Anhänger des Deutschen Beamtenbundes öfters mit dem Kopf schütteln mußte. Ohne Angriff auf die SPD. sowie auf die freien Gewerkschaften und auf den allgemeinen Deutschen Beamtenbund ging es nicht. Unser Genosse Dittmann vom Einheitsverband wird klegte in längeren Ausführungen die unwahlichen Argumente des Referenten. Das war wiederum nun Herrn Wienand ein Grund, im Schlußwort gegen die SPD loszuziehen. Interessant war es, wie er versuchte, die Lokomotivführer gegen Halle schaf zu machen. Die Lokomotivführer im Bezirk wüßten nicht, was die Spitze in Halle hinter dem Rücken der Mitglieder treibt. Die Lehrer konnten hören, daß sie ihre Gehaltseinrangierung Herrn Erzberger verdanken. Hier mußte er sich eine Richtigstellung von Rektor Wunderlich gefallen lassen. Dieser stellte zum Schluß fest, daß es der verstorbene sozialdemokratische Minister Hernisch gewesen sei, der mit seiner ganzen Person im Jahre 1919 und 1920 für die Lehrerschaft eingetreten ist. Wunderlich sagte Herrn Wienand noch, daß seine Rede eine Propagandarede für die Monarchie aber nicht für die jetzige Staatsform gewesen sei. Und das war richtig so. Es ist überhaupt eine bunte Gesellschaft, die sich dort im Deutschen Beamtenbund zusammengefunden hat. Das sollte unseren Genossen, die leider immer noch in diesen Gewerkschaften sind, doch die Augen öffnen. Wenn auch die Führer des Deutschen Beamtenbundes behaupten sie sind neutral so haben gerade die Ausführungen des Herrn Wienand das Gegenteil bewiesen.

Kleinkeipisch. Gemeindevertretersitzung. Zur Unterstützung der Ortsarmen zu Weihnachten hat die „Bubiag" 150 Zentner Briketts an. Die Gemeindevertretung nahm dies an und will von ihrer Seite aus wie alle Jahre die Armen mit Geld unterstützen. Von den eingegangenen Gesuchen wurden dem Deutschen Verband für Sanitätshunde 10 Mk., dem Reichsverbanden Blindenverband 10 Mk. und der Arbeitersamariterkolonne Bockwitz 25 Mk. bewilligt. Für die Blinden der Provinz Sachsen soll eine Haussammlung vorgenommen werden. Gegen eine Aufteilung des jetzt bestehenden Amtsbezirks wurde energisch Einspruch erhoben: sollte dieselbe aber trotzdem zustande kommen so soll die Gemeinde mit Bockwitz zusammen einen Bezirk bilden. Der Beitrag zum Landgemeindeverband wurde bewilligt. Bei der Abrechnung über den Straßenbau wurde festgestellt, daß die aufgestellten Posten nicht den Tatsachen entsprechen. Die Rechnung wurde abgelehnt. Die Sozietät teilte mit daß jetzt Gelegenheit gegeben ist die Steuereinschätzung der Gebäude vorzunehmen. In einem Schreiben des Reichsnotprüfstenten wurde mitgeteilt, daß in der Sportplatzangelegenheit nach Verhandlung mit der „Bubiag" nichts auszurichten ist und die Gemeinde ersucht, sich mit letzterer im guten auseinander zu setzen.

Raundorf bei Lauchhammer. Gemeindevertretersitzung. Mittwoch den 8. Dezember, abends 8 Uhr, findet bei Wetenak, die fällige Sitzung der hiesigen Gemeindevertretung statt. Neben verschiedenen Maßnahmen zur Weihnachtsunterstützung Minderbemittelter, Erwerbsloser und Kriegshinterbliebener steht auch ein besonders unsere Mitglieder und Volksblattleser interessierender Antrag der Freien Turn- und Sportvereinigung auf Bewilligung einer Beihilfe für die Beschaffung von Geräten auf der Tagesordnung. Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Bockwitz. Mütterberatungsstunden finden statt am Mittwoch, dem 15. Dezember, nachmittags ¼3 Uhr in der Bockwitzer Schule und am gleichen Tage nachmittags 4 Uhr in der Raundorfer Schule.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 7. Dezember 1926.

Unveränderte Lage des Arbeitsmarktes.

Umfangreiche Kündigungen beim „Merseburger Tageblatt".

Trotzdem das Lemanwerk durch seine Riesenbauten einen großen Teil der hiesigen Arbeitslosen eingestellt hat, will sich die Lage des Arbeitsmarktes in Merseburg nicht bessern. Die Firma „Blanke-Werke" will auch nicht mehr recht in die Höhe kommen, und auch da muß schließlich noch mit einer weiteren Betriebseinstellung gerechnet werden. Und nun kommt noch die Nachricht, daß bei der Firma Buchdruckerei Balk einen größeren Teil des technischen Personals gekündigt worden ist. Worauf diese Maßnahme zurückzuführen ist, entzieht sich noch unserer genauen Kenntnis, es scheint aber, daß es bei dem in dieser Druckerei hergestellten deutschnationalen „Merseburger Tageblatt" kriselt.

Wie wir hören, soll das „Tageblatt" nach Halle wandern, wo es mit der „Allgemeinen Zeitung" verschmolzen und als Kopfblatt derselben weitererscheinen soll. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Tatsache wird es aber bleiben, daß durch die Entlassung eines Teils des Buchdruckpersonals der Merseburger Arbeitsmarkt neu belastet wird.

Gewerkschaftsgenossen! Der zweite Abend des Kursus des Genossen Fränkel findet heute abend 8 Uhr in der „Funkenburg" statt.

Sämtliche Büro-Bedarfsartikel
Fernsprecher 28742 **Otto Jacobs** Fernsprecher 28742

Fahrrad-Lampen (rein Messing). Karbid. Oel, elektr. Taschenlampen. Gummi-Bieder, Halle a. S., Große Steinstraße 81

Indizien

Eine Kriminalnovelle von **Paul Garde.**

15) **(Nachdruck verboten.)**

Sie maßen die Entfernung von der oberen Steinstufe zur Ecke des Eisenstakets, sie führten etwas auf, das fast wie eine Vorbereitung zu einer Filmaufnahme aussah. Der eine Uniformierte — 1,76 groß — trat auf die oberste Steinstufe, tat so, als ob er rutsche und fiele, die anderen fingen ihn auf, ließen ihn vorsichtig schräg zum Eisengeländer gleiten. Man maß wieder, man redete miteinander, geheimnisvoll, eifrig. Man fragte die Hausbewohner nach den Frauen, die damals, am Morgen, die Spuren des toten Schlächtermeisters beseitigt hatten, man ließ sie herunterkommen, vernahm sie auf der Stelle.

Nach einer halben Stunde endlich fiel die Absperrung, die Herren stiegen in ihre Autos und fuhren ab. Hinter ihnen füllte sich der Hausflur mit Neugierigen, die die Wände, den Boden, die Stufen betrachteten, als stände an ihnen zu lesen, was die Herren vom Gericht und der Polizei gewollt hätten. Die vernommenen Frauen machten sich wichtig, erzählten, wonach sie gefragt worden und was sie geantwortet hatten — mit Zusätzen, je nach Temperament und Stimmung.

In der Sache „Mord am Schlächtermeister Heller" mußte etwas Neues passiert sein. Das ahnten alle, darin herrschte seltene Einstimmigkeit. Aber was — man fühlte sich unbehaglich beengt, denn man bekam nichts heraus, trotz allen Hin- und Herratens. — —

Sehr unbehaglich war den beiden Herren zumute, die mit dem Untersuchungsrichter im ersten Auto saßen: Assessor Graßberg und der Polizeiarzt. Der Richter sah sie mehr als kühl an. Graßberg interessierte sich auffallend viel für die rechte Straßenseite — um zum rechten Autofenster hinausziehen zu müssen, der Arzt beschaute ebenso interessiert das Leben auf der linken Straßenseite. Er erinnerte sich an einen sehr gemütlichen Bierabend mit alten Kommilitonen, an einen unverschämt frühen Telephonanruf mitten in einen ausreichenden Kotzenjammer hinein, an eine widrige Untersuchung eines nach Alkohol riechenden Leichnams und an ein Protokoll, das er geschrieben mußverärgert, hastig, wie eine Sache, die man mit verkatzertem Schädel in aller Eile herunterschreibt, weil sie nun einmal erledigt werden muß.

„Schöne Schweinerei, meine Herren," brach der Richter das Schweigen. Der Arzt wurde käsebleich, der Assessor hochrot vor Verlegenheit.

„Halten Sie Ihren ‚tödlichen Hammerschlag' nun noch so unbedingt aufrecht, Herr Doktor?"

Der stammelte und würgte: „Nach der Lage der polizeilichen Ermittelungen — Geld und Uhr geraubt — war das das Natürlichste, das Annehmbarste, und es sah ja so aus."

„Soviel mir bekannt, ist es die Aufgabe des Polizeiarztes nicht, ein subjektives Urteil nach den Angaben der Polizei niederzuschreiben, sondern er soll eine genaue ärztliche Untersuchung der Todesursachen vornehmen, die alle möglichen Gründe, die den Tod herbeigeführt haben können, aufzählt."

Graßberg fühlte, daß er den von ihm mitgerissenen Arzt verteidigen müsse: „Herr Landrichter müssen doch bedenken, das Geld, die Uhr, die Stimmung gegen den Schlächter — das waren doch Indizien!"

Mit einer kalten Handbewegung schnitt ihm der Richter das Wort ab.

„So ein Eisengitter pflegt nicht während polizeilicher Besichtigungen zu verschwinden, und daß es mit Blut- und Fleischfetzen übersät war, haben die Frauen uns ja eben wieder bestätigt. In Ihren damaligen Protokollen finde ich allerdings nichts darüber, meine Herren!" — —

Betroffen schwiegen die beiden. Das Auto bog um eine Ecke, willkommene Gelegenheit, um alle Aufmerksamkeit aufs Festhalten zu richten, sich einander für den gelinden Zusammenstoß zu entschuldigen, um von dem peinlichen Thema abzulenken.

Aber der Richter hielt nicht locker: „Schöne Schweinerei, meine Herren! Schöne Polizeiüchtigkeit, aufs Geratewohl zu verhaften — schöne ärztliche Sachlichkeit. Ich erwarte bis heute abend Nachtragsberichte; nicht wahr, meine Herren?"

Das Auto hielt. Der Richter stieg aus. Kläglich, wie von zurechtgeprügelten Schuljungen, klang ihm das „Jawohl" und „Guten Morgen, Herr Landgerichtsrat" der beiden nach.

Am nächsten Morgen schrieb der Untersuchungsrichter die Schlußnote zum „Fall Heller", der daraufhin zu den Akten gelegt wurde. Als er fertig war, hob er den klugen Kopf, zündete sich eine Zigarre an und sah nachdenklich den Rauchwolken nach.

Das also war des Pudels Kern: eine regelrechte Liebesgeschichte. Man konnte es auch ein Schicksal, ein Schicksal nicht ohne Tragik nennen. So klein und schuldig auch die Menschen in der Geschichte waren, so sehr sie sich auch von den Lebensverhältnissen und Lüsten hatten treiben lassen — Tragik war in der Geschichte, so sehr sie auch einander treulos waren, einander betrogen hatten. . . .

Wie in einem aufgeschlagenen Buche zurückblätternd, konnte der Richter in den Akten das Leben, das Schicksal des Schlächtermeisters Heller nachlesen.

Heinrich Heller war als der Sohn eines Schlächtermeisters in einem Dorfe am Rande der Stadt geboren worden. Das Geschäft des Vaters sollte auf ihn übergehen, wenn der Alte starb. Das war selbstverständlich, das war der Familie, der Nachbarschaft so gewiß, darauf war er von Kindesbeinen vorbereitet worden, so daß es eigentlich wiederum natürlich war, daß er aus der Bahn geriet, als es anders kam.

Bis zum Weltkrieg war alles glatt gegangen. Der junge Heller war Geselle geworden, arbeitete in seines Vaters Geschäft mit dem Eifer des künftigen Inhabers, sah als „Meistersohn" hochmütig auf die anderen Gesellen herab. Als Meistersohn verkehrte er nur in Mittelstandskreisen, als Meistersohn verliebte er sich in Lieschen Gortner, die Lehrerstochter von nebenan, mit der er sich verheiraten würde, wenn er das Geschäft übernahm. Das war ein stillschweigendes Uebereinkommen zwischen den beiden Familien. Niemand hatte etwas dagegen gehabt, daß die beiden sich fanden. Selbständige Handwerkerfamilie und Beamtenfamilie, das paßte gut zusammen. Und es war, als ob das Leben für die beiden Familien so klar und sauber dahinfließen würde wie ein ruhiger Wasserlauf bei heiterem Wetter. Manchmal zwar stöhnte der alte Heller über die schlechten Zeiten, über die Konkurrenz der Großstadt, die mit ihren wachsenden Armen das Dorf umklammert hatte. Die Hypotheken wurden höher, die Bauern, von denen er bisher billig als der Schlächter des Dorfes sein Vieh gekauft hatte, ließen es lieber von der Fleischfabrik der Stadt abholen, die prompter und besser zahlte, aber das waren alles ja nur Sorgen, weil der Alte sich nicht recht an die neue Zeit gewöhnen konnte. Der Junge hatte große Pläne, er würde schon neuen Schwung in die Sache hineinbringen! Und Lieschen Gartner sah gläubig zu ihm auf, sie vertraute ihm und sich selbst, die die einzige war, auf die der sehr aufbrausende und selbstbewußte Bursche hörte.

Dann kam der Krieg. Der junge Heller war gerade Soldat und mußte vom ersten Tage an mit ins Feld. Lieschens Vater war Landwehrunteroffizier und wurde 1915 eingezogen, um ein Jahr darauf in der Sommeschlacht zu fallen. Als Heinrich kurz nach dem Tode des Lehrers auf Urlaub nach Hause kam, verlobte er sich öffentlich mit Lieschen, wobei sie der treibende Teil gewesen sein mag, denn nun — ihre Mutter war lange tot — hatte sie ja allen Grund, einen neuen Anhalt zu suchen.

Das war der erste Mißton in der Familie gewesen, denn die alten Hellers erfuhren, daß der Lehrer mehr Schulden als Geld hinterlassen hatte, und hatten daraufhin lieber gesehen, daß ihr Sohn die Verbindung gelöst hätte. Statt dessen knüpfte er sie, wie gesagt, fester, allen Reden der Eltern daß er ins Geschäft ein Mädel mit Geld brauche, zum Trotz. Ob der alte Heller an diesem Aerger starb? Vielleicht hat es dazu beigetragen, daß er 1917 begraben werden mußte. Das wäre in ruhigen Zeiten nicht schlimm gewesen; gerechnet hatten die jungen Leute damit, daß er früher oder später von der Welt mußte. Aber nun starb er, während Heinrich wieder im Felde war, und die alte Frau Heller arbeitete mit Mamsells und blutjungen Gesellen weiter, die wohl dazu beitrugen, daß schon 1918 die Frau dem gerissensten Hypothekengläubiger Haus und Geschäft verkaufte. Für ein Schandgeld, nach dazu in Papier. Bald darauf starb sie, in den Tagen wildesten Durcheinanders.

Der Landrichter legte die Zigarre auf den Aschenbecher. Seinen rechten Zeigefinger stieß er auf die Akten wie auf einen Punkt, dem er entscheidende Wichtigkeit beimaß. Seine Augen wurden scharf, durchdringend, sprachen:

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261207-12/fragment/page=0006

Gewerkschaftliches.

Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Ein Aufruf an die deutsche Beamtenschaft.

Noch nie sind die Fragen der Arbeitszeit, des Lohnes und der Besoldung so stark als Lebensfragen des gesamten Volkes in Erscheinung getreten wie in unseren Tagen. Ohne Hebung der Kaufkraft der Massen, ohne Reform der Arbeitszeit kein wirtschaftlicher und kultureller Aufstieg. Die Kolonnen der Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen daher mehr als bisher in enger Fühlung miteinander marschieren. Zur Stärkung der Einheitsfront der Arbeitnehmer, vor allem durch die Beamtenschaft, haben daher der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund folgenden vom 1. Dezember datierten Aufruf an die Beamten gerichtet:

„An die deutsche Beamtenschaft:

Das soziale Ringen der Besitzenden und der Besitzlosen hat sich in den letzten Monaten außerordentlich verschärft. Immer deutlicher zeigt sich, daß alle aus dem Krieg entstandenen Lasten auf die breiten Schichten der Beamten, Angestellten und Arbeiter und der sonstigen werktätigen Kreise unseres Volkes abgewälzt werden sollen.

Die Rationalisierung der Betriebe ist begleitet von Lohndruck und Verlängerung der Arbeitszeit; sie hat nicht etwa zur Verbilligung der Preise, sondern lediglich zur Erhöhung der Gewinnquoten der Unternehmungen geführt.

Die Hebung der sozialen Lage der Beamten, Angestellten und Arbeiter wird in dieser Zeit mehr denn je davon abhängig sein, daß die drei großen Gruppen der Arbeitnehmer ihre gemeinsamen Konsumenteninteressen erkennen und in geschlossener Front für eine Aenderung der deutschen Wirtschaftspolitik eintreten. Die Rationalisierung der Industrie und die damit verbundene gesteigerte Produktion darf nicht zur Bereicherung einzelner Großkapitalisten führen, sondern sie muß eine sichtbare Preissenkung, eine Steigerung des Absatzes und damit auch die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in die Betriebe zur Folge haben.

Auch für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten kann es nicht nur darauf ankommen, ihre Nominalgehälter zu erhöhen; auch sie bedürfen in erster Linie einer Hebung ihrer Kaufkraft. Bei der Ueberwindung der europäischen Wirtschaftskrise geht es darum, Produktionskraft und Absatzmöglichkeit wieder in Einklang miteinander zu bringen.

Hier läßt sich die allgemeine Lohnfrage der Arbeiter und Angestellten nicht trennen von dem Besoldungsproblem der Beamten. Niedrighaltung der Löhne und Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, sozialer Druck in den Privatbetrieben lösen auch für die Beamtenschaft dieselben unsozialen Wirkungen aus, Massenarbeitslosigkeit und Personalabbau stehen in unmittelbarer Wechselwirkung.

Eine erfolgreiche gewerkschaftliche Bewegung der Beamten hat deshalb zur Voraussetzung, daß sie befähigt ist, sich gemeinsam mit den organisierten Arbeitern und Angestellten den großkapitalistischen Nutznießern unserer heutigen sozialen Not entgegenzustellen.

Die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann verhindern, daß der Staat ein einseitiges Machtinstrument in den Händen der Industriellen und Großgrundbesitzer wird. Sie sichert die deutsche Republik, in der allein ein freiheitliches Berufsbeamtentum gedeihen kann. Sie erstrebt eine Wirtschaft, in der das gemeinwirtschaftliche Interesse stets den Profitinteressen des einzelnen vorangeht.

Darum, Beamte, fort mit allen Vorurteilen: Hinein in die freie Beamtengewerkschaftsbewegung! Arbeitet mit an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unseres Volkes!

Berlin, den 1. Dezember 1926.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
Leipart.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund:
Falkenberg. Kotzur.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:
Aufhäuser. Stähr. Urban.

Aufmarsch der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter.

Einstimmig gefordert: Beseitigung des Mehrarbeitsabkommens und Wiedereinführung der tariflichen Arbeitszeit.

Die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im Braunkohlenbergbau hat den stärksten Widerhall in allen Revieren gefunden. Nachdem bereits am Sonntag, dem 28. November, die Bergarbeiter in über fünfzig Versammlungen dem Vorgehen der Tarifverbände einstimmig zugestimmt hatten, haben am 5. Dezember wiederum 70 durchweg gutbesuchte, zum Teil überfüllte Versammlungen stattgefunden. In den Versammlungen wurde einstimmig die Beseitigung des Mehrarbeitsabkommens und die Wiedereinführung der tariflichen Arbeitszeit gefordert. In gleichfalls einmütig angenommenen Entschließungen wurde den Verbandsleitungen das vollste Vertrauen ausgesprochen.

Bemerkenswert ist, daß die Versammlungen teilweise von Werksvereinlern besucht waren, die den Entschließungen zustimmten. Wie diese ihr weiteres Verbleiben in den Werksvereinen zu rechtfertigen gedenken, erscheint völlig unverständlich. Viele dieser durch die Werkspropaganda irregeführten Arbeiter sind wieder zu den Verbänden zurückgekehrt. Auch sonst sind allerorts starke Mitgliedergewinnungen zu verzeichnen. Jedenfalls steht fest, daß sich in den bisher über 120 stattgefundenen Versammlungen mit etwa 35 000 Teilnehmern nicht eine Stimme für die Beibehaltung des Mehrarbeitsabkommens und gegen die Taktik der Verbandsleitungen erhoben hat. Das ist ein glänzender Beweis dafür, daß die Führung der Interessen der Bergarbeiter unbestritten fest in den Händen der Gewerkschaftsführer liegt. Zugleich ist es aber auch ein Beweis des völligen Zusammenbruches der Werksgemeinschaften. Die Arbeitszeitfrage ist die Feuerprobe für die Harmonie zwischen den Grubenleitungen und Werksgemeinschaften, die jetzt den Arbeitgebern die Gefolgschaft versagt haben. Die Arbeitgeber fordern von ihren Sklaviplingen unbedingtes Verständnis für die Notwendigkeit der Beibehaltung der verlängerten Arbeitszeit, die Werksvereinler aber wollen von den Früchten der Gewerkschaften mitgenießen; sie wollen „ihre Werkstreue" mit Vorteilen bezahlt haben. Hier scheiden sich die Wege, das haben die Versammlungen bewiesen.

Der Massenaufmarsch, das haben die Versammlungen gezeigt, ist der entschlossene und einstimmige Willensausdruck der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter auf Beseitigung des Mehrarbeitsabkommens. Mögen die Arbeitgeber, aber ganz besonders das Reichsarbeitsministerium, die richtige Wertung dieser nicht mißzuverstehenden Stimmung finden.

Sport und Spiel.

Skikurse in St. Andreasberg (Oberharz).

Auch in diesem Winter finden im Dienste der Jugendpflege wieder achttägige Skikurse in St. Andreasberg im Oberharz statt, beginnend Montag, den 20., Montag, den 27. Dezember und weiterhin jeden Montag im Januar und Februar. Unterkunft und Verpflegung (gut und reichlich) einschließlich Lehrgebühr 6.25 Mk. je Tag.

Jedermann kann teilnehmen. Der Leiter der Kurse ist der Turn- und Sportlehrer Reinhard Jud (Eisleben). Näheres ist durch ihn zu erfahren.

Wie Kommunisten den Arbeitersport schädigen.

Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Am 8., 9. und 10. Juli 1927 sollte, wie im Bundesgebiet des Arbeiter-Turn- und Sportbundes schon allgemein bekannt war, das 3. sächsische Kreisfest in Chemnitz stattfinden. Die Vorarbeiten waren bereits erledigt und jeder Arbeitersportler davon überzeugt, daß das Kreisfest in Chemnitz einen guten Verlauf nehmen wird. Die Bundesgenossen in Sachsen erlebten aber eine bittere Enttäuschung, wieder einmal vor allem dank des Verhaltens der Kommunisten.

Im Jahre 1925 wurde bereits mit dem Bau eines Sportplatzes begonnen, der sich zu großen Veranstaltungen eignet. Durch die verkehrte Anlage einer Kampfbahn wurde der Platz allerdings zu klein, so daß sich der weitere Ankauf von rund 70 000 Quadratmeter Gelände notwendig machte. Obwohl eine sehr hohe Kaufsumme verzinst wurde, hatten die Stadtverordneten den Ankauf einstimmig beschlossen. Der reaktionäre Rat der Stadt Chemnitz lehnte aber die für den Kauf nötigen Gelder ab und in den Arbeiten trat ein verhängnisvoller Stillstand ein. Dabei hat die Stadt Chemnitz seit 1919 eine proletarische Mehrheit bei den Wahlen zum Parlament, während im Ratskollegium eine reaktionäre bürgerliche Mehrheit über die Geschicke der Stadt entscheidet. Wie ist das möglich? Das ist das Verdienst der Chemnitzer Kommunisten, die sich an Radikalismus nicht genug tun können. Diese Radikalisten der Radikalen gaben bei der Wahl der Stadträte in drei Fällen, wo es sich um Sozialdemokraten handelte, weiße Stimmzettel ab und verhalfen so der Reaktion zu ihrer Mehrheit. Das Unerhörteste bei dem Verhalten der Kommunisten ist die Tatsache, daß Dezernent für das Amt für Leibespflege ein kommunistischer Stadtrat ist, der gleichzeitig als Redakteur des „Kämpfer" tagtäglich die Sozialdemokratie bekämpft. Darüber hatte dieser samole Dezernent bis jetzt noch keine Zeit gefunden, eine entsprechende Vorlage für den Ankauf des Grundstücks auszuarbeiten, obwohl die Angelegenheit schon fast zwei Jahre bei der Stadt schwebt. Hätte dem Rat der Stadt rechtzeitig eine Vorlage vorgelegen, dann wäre ein anderer Ausgang sicher gewesen.

Gegen diese Art praktischer Arbeiterpolitik durch die Kommunisten und ihre Vertrauensleute haben die Chemnitzer Arbeitersportler in einer Protestversammlung scharf Stellung genommen. Vom Rat der Stadt Chemnitz wurde der Bau eines großen Stadions gefordert. Selbst wenn dieser Bau nunmehr in absehbarer Zeit durchgeführt werden sollte, wird es zu spät sein für das geplante Sportfest der Arbeitersportler. Das sächsische Kreisfest findet daher nicht in Chemnitz statt.

E. M.

*

Sächsische Bezirksvertreterkonferenz.

Am Sonntag fand in Dresden eine Bezirksvertreterkonferenz der Arbeiter-Turner und -Sportler Sachsens statt. Der Geschäftsbericht zeigt eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Kreises, der seinen Bestand an Vereinen und Mitgliedern vergrößern konnte. 76 Vereine besitzen jetzt eigene Turnhallen. Beschlossen wurde, das Kreisfest auf 1928 zu verschieben; bei der merkwürdigen Stellungnahme des Rates der Stadt Chemnitz, die allgemeine Verwunderung auslöste, wurde Dresden als Festort bestimmt. Ein Wintersportfest soll am 1. und 2. Januar 1928 in Altenberg-Geising (Erzgebirge) stattfinden. Es liegt schon eine befriedigende Anzahl von Meldungen vor. Mit dieser Wintersportveranstaltung soll eine Jugendkundgebung verbunden werden.

Eutritzsch — Eilenburg 3:3 (2:1).

Das Spiel war das beste der Runde. Neben technischen Feinheiten fehlte es nicht an spannenden Momenten vor den Toren. — Wurzen — Groß-Zschocher: 4:0 (2:0). Wurzen gewann, wie erwartet, wenn auch mit reichlich Glück.

Am nächsten Sonntag steht das Endspiel um die Bezirksmeisterschaft zwischen Eutritzsch und Groß-Zschocher. Gewinnt, wie zu erwarten ist, Eutritzsch, so ist es mit einem Punkt Vorsprung vor Eilenburg Bezirksmeister.

*

„Vorwärts" (Leipzig-Süd) — „Wacker" (Jena) 4:1 (2:1).

Bielefeld-Ost — Bremen-Weser 08: 7:2 (3:1). (Vorrundenspiel um den Kreismeister des 11. Kreises in Bielefeld.)

2. Kreis (ATSB.). 6. Bezirk

Handball

Resultate vom 5. Dezember.

Schaffstädt I — Bennstedt I 2:1.
Schaffstädt 1. Jgd. — Kaueuna 1. Jgd. 11:1.

Wassersport

Kampfrichtervereinigung.

Sonntag, den 12. Dezember, findet unsere erste Sitzung im „Volkspark" 9 Uhr vormittags statt. Sämtliche geprüften Kampfrichter haben zu erscheinen. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft. Ebenfalls können sich alle Sportgenossen, die sich als Kampfrichter ausbilden lassen wollen, daran beteiligen. Regelbücher (ASB.) sind mitzubringen.

Richard Hennig, Halle, Leipziger Straße 84.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 357.1).

Mittwoch: 12 bis 12.30 Uhr: Französisch für Schüler. 12.30 bis 12.40 Uhr: Mitteilungen des Reichsstädtebundes. 2.30 bis 3 Uhr: Max Jungnickel: „Weihnachtsstiften und -gebräuche." 3 bis 3.30 Uhr: Einheitskurzschrift für Anfänger. 3.30 bis 4 Uhr: Oberstudiendirektor Dr. Buchenau: „Der deutsche Idealismus in der Prima." 4 bis 4.30 Uhr: Oberschullehrer Vorwerk: „Der neuzeitliche Anfangsunterricht." 4.30 bis 5 Uhr: Aus dem Zentralinstitut: Ankündigungen. 5 bis 5.30 Uhr: K. W. Goldschmidt: „Grundzüge der ästhetischen Kritik." 5.30 bis 6 Uhr: Bücherstunde. Dr. Paul Fechter: „Stifter". 6 bis 6.30 Uhr: Prof. Dr.-Ing. Schüle: „Die Wärme als wesentliche Grundlage der Technik." 6.30 bis 7 Uhr: Ers. von Jongautiers: Schiffahrtsfragen. 7 bis 7.30 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 7.30 bis 8 Uhr: F. C. von Loesch: „Auslandsdeutschtum und Binnendeutschtum". 8 Uhr: „Die Tänzerin aus Liebe", Operette in drei Teilen von Franz Ansfeld, Musik von Clemens Schmalstich. 10.30 Uhr: Tanzmusik.

Verantwortlich für Politik Wirtschaft u. Feuilleton: H. O. H. Schulz; für lokales und Kommunalpolitik: G. Leipart; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für Sport Rundfunk und Jugend: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilh. Herais sämtlich in Halle — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H. Harz 4544.

Mignon
Edelbitter
60 Pfg. die 100 g-Tafel
Der „Gordian" schrieb: „— — eine der besten deutschen Schokoladen"
Mignon-Schokoladen-Werke David Söhne A.-G. Halle (Saale)

Elektr. Schalen
v. Mk. 8.00 an, auch bunt und marmoriert
G. Brose,
Gr Sandberg 8 6534

Auf
Kredit
bei niedrigster Anzahlung und selbst zu bestimm. Wochenraten erhalten Sie
Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe
Manufakturwaren Kleiderstoffe, Leinen und Baumwollwaren
Leib- und Bettwäsche Gardinen, Schuhwaren fertige Federbetten Möbel, Spiegel Polsterwaren
Carl Rasemann
Alte Promenade 351 (an der Hauptpost)
Kredit auch nach auswärts
Vertreter für Weißenfels:
Paul Brendel
Leipziger Str. 64
Sonntag von 10–12 bis 6 Uhr geöffnet

Diese milde und besonders gute Cigarette überragt weit den Durchschnitt aller Sorten ihrer Preislage. Ihre Qualität ist besser wie ihr Preis.
Man merke sich den Namen!
CASANOVA
Gipsy
4 ₰
mit neuesten Sportbildern.
CASANOVA CIGARETTENFABRIK
LIEFERANT DER KÖNIGL. ITALIENISCHEN TABAK-REGIE

Eine große Partie 8420
Wollwaren
(Herrensocken, Frauenstrümpfe, Damenstrümpfe, Stutzen)
soll geschlossen gegen sofortige Barzahlung verkauft werden. Offerten erbeten unter Chiffre V. H. 1206 an die Expedition dieses Blattes.

Amtliche Bekanntmachungen

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhofe zu Halle.

Bezahlt wurden Montag, 6. Dezember 1926:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigst. Preis	3. höchstbezahlter Preis	Gefrierfleisch
Ochsen	93	55	88	53—56
Bullen	92	85	90	
Kühe	93	55	87	
Jungrinder	95	90	90	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	100	80	95	
Lämmer und Masthammel	95	90	90	
Schafe	85	60	85	
Schweine einschl. Mittel u. Geschlinge	97	92	95	

Bekanntmachung.

Die hier wohnenden Lohn- oder Gehaltsempfänger werden aufgefordert, die Steuerkarten für das Jahr 1927 in der Zeit von Dienstag, den 7., bis Donnerstag, den 9. Dezember, im hiesigen Gemeindeamt (Zimmer 1) abzuholen und umgehend ihren Arbeitgebern auszuhändigen. 8381

Helbra, den 4. Dezember 1926.

Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219261207-12/fragment/page=0007

Arbeitende Jugend

Wir und die Erotik.

Der „Narzißmus" des Jugendlichen.

Dem prächtigen Werk des Leipziger Professors Hoffmann, „Die Reifezeit", entnehmen wir mit Genehmigung des Verlags Quelle & Meyer (Leipzig) eine Stelle, die insbesondere den „Alten", die schnell vergessen und schwer verstehen, Verständnis für eine Seite des Problems „Jugend und Erotik" beibringen möge, über das sie in den meisten Fällen mit geringschätzigem Lächeln hinweggehen, wenn sie nicht gar sexuelle Motive in einen Komplex hineindeuten, dem sie völlig fernstehen. Professor Hoffmann schreibt:

„Es wäre mit der Harmonie der Gesamtpersönlichkeit nicht vereinbar, wenn dauernd beide Erlebnisschichten: die physiologischen Reifungen der Sexualität und die parallel laufenden geistigen Reifungsprozesse, ohne jede innere Beziehung blieben. Wohl ist der Jugendliche lange Zeit in der Lage, jene triebhaften Regungen unbeachtet zu lassen, aber es kommen Stunden, in denen sich jenes Verhältnis umkehrt, wo die triebhaften Regungen das gesamte Seelenleben beherrschen. Man darf dabei nicht bloß an Erregungszustände der Geschlechtsorgane, insbesondere an die zufälligen Erektionen beim Knaben denken; diese werden manchmal sogar als unangenehm empfunden. Vielmehr kommen körperliche Wollustgefühle ganz allgemeiner Art in Betracht, deren sexuelle Färbung dem Jugendlichen häufig gar nicht bewußt ist. Selbst wenn sonst kein äußerer Anlaß gegeben wird, so ist schon durch die physiologischen Begleiterscheinungen der Entwicklung Grund genug vorhanden, daß sich die Aufmerksamkeit des Jugendlichen besonders dem eigenen Körper zuwendet. Insbesondere erhält der nackte Körper nunmehr einen eigenen Gefühlsreiz. Der Widerstreit von zwei verschiedenen Erlebnisschichten, der sich für ihn in dem begrifflichen Gegensatz „Körper — Seele" zuspitzt, verlangt eine innere Stellungnahme. Daß der Anblick des nackten Körpers in unserer Kultur gemieden und trotzdem in der Kunst verherrlicht wird, gibt fast allen Jugendlichen Bedenken. Vor allem wird der eigene Körper einer ästhetischen Kritik unterzogen. Man sucht Schönheitsreize am eigenen Körper zu entdecken, die nunmehr das anschauliche Aequivalent (vollen Ersatz) für die körperlichen Wollustgefühle bilden. Diese Form erotischer Selbstbespiegelung, wofür Havelock Ellis die Bezeichnung „Narzißmus" geprägt hat, ist ein für dieses Alter typischer Zug. Er bildet einen starken Antrieb zur Pflege körperlicher Uebungen, aber auch zu Kleiderputz und anderen Aeußerlichkeiten, die über eine heimliche Resignation hinwegtäuschen sollen. In solchem ästhetischen Selbstgenuß erlebt der Jugendliche jubelndes Glücksgefühl, wie es aus einem Gedicht Otto Brauns, „Fest des Sommers", widerklingt:

Nackt in der Sonne Glanz,
Spür' ich des glühenden Gottes
Atem und heißen Hauch.

Diese Form der Erotik ist ein Sonderreich des Jugendlichen, so sehr durch seine ihm eigentümliche Seelenverfassung bedingt, daß der Erwachsene sich kaum noch hineinversetzen kann, wenn er nicht eine Künstlernatur ist. Sie überbrückt die in seinem Innern entstandene Spaltung zwischen körperlich-triebhaftem und geistigem Erleben. Denn die sexuellen Lustgefühle sind gerade deshalb für den Jugendlichen so unbefriedigend und quälend, weil sie die Seele leer lassen. Sie gleichen Sirenenstimmen, die ihm aus der höheren Sphäre des Geistigen in die tiefere Schicht dumpftriebhaften Erlebens hinabzuziehen drohen. Deswegen muß er diese inneren Gefühle in Einklang bringen mit jener anderen Erlebnisform, die der sichtbaren und faßbaren Welt zugewendet ist. Dazu bedarf es einer Idealisierung der menschlichen Gestalt, damit sie der zunächst erfolgten Hinwendung der Aufmerksamkeit zugleich geistig würdig erscheint."

Das Liebesleben zwischen 14 und 25.

Mittelalterlicher Kirchenzwang hat es mit sich gebracht, daß aber das Gebiet des Liebes- und Geschlechtslebens des Menschen ein geheimnisvoller Vorhang gebreitet worden ist, dessen Lüftung dem Jugendlichen nur allmählich und stückweise gelingt. Eine rückständige Erziehung in Schule und Elternhaus geht mit Bedacht an dem Problem vorüber, das wie kein anderes den jungen Menschen bis in sein tiefstes Innere erfaßt und — als Folge der Erziehungsmängel — gar oft in die Irre gehen läßt. Hiergegen müssen sich die Bestrebungen aller an der Erziehung einer neuen, freieren und glücklicheren Menschheit interessierten Menschen richten. Sie haben zugleich die Pflicht, die Jugend von sich aus aufzuklären und ihnen das Fehlende zu gewähren.

Behandelt man das erwähnte Problem, dann ist eins vonnöten: Es darf keine Normen geben. Es ist hier ähnlich wie bei der Religion. Nur keine Dogmen, keine Bekenntnisse. Die Erotik ist ureigenste Sache jedes einzelnen, sie verträgt eine gesetzmäßige Regelung nur da, wo sie soziale Wirkungen auslöst.

Das Liebesleben des Menschen beginnt unbewußt, triebhaft. Die ersten sexuellen Triebe werden bereits bei dem Säugling ausgelöst, sie äußern sich in Wollustgefühlen bei der Nahrungsaufnahme und dem Stoffwechsel. Diese Erscheinungen entwickeln sich mit zunehmendem Alter, bis sie in der Reifezeit, der Pubertät, so um 14 herum, bewußt geschlechtlichen Charakter annehmen. Ueber die Erscheinungen dieses Stadiums können wir an dieser Stelle hinweggehen, da darüber der vorhergehende Aufsatz über den Narzißmus des Jugendlichen Aufschluß gibt. Hier interessiert lediglich das Verhalten des Jugendlichen diesen Erscheinungen gegenüber. Es ist eine bekannte Tatsache, vor der niemand schamvoll den Blick zu senken braucht, daß als erste Folge dieser Erscheinungen gewöhnlich die Selbstbefriedigung, die Onanie, auftritt. Mit ihr fertig zu werden wird dem Jugendlichen um so leichter und schneller gelingen, je mehr er aufgeklärt ist. Einen panischen Schrecken braucht niemand darüber zu empfinden — es sei denn, die Onanie wird zu häufig und zu lange ausgeübt. Gesunde Körperbetätigung — Sport und Spiel — sind die besten Hilfsmittel, über diese Zustände hinwegzukommen. Erwachsene sollten sich aber hüten, durch drakonische Maßnahmen einzugreifen. Sie erreichen damit das Gegenteil des Gewollten. Gerade in dieser Zeit ist die Psyche des Jugendlichen von einer Empfindlichkeit, die beachtet werden muß. Der wahre Erzieher wird mit psychologischem Takt und für den Jugendlichen nicht wahrnehmbar handeln.

Nach erfolgter geschlechtlicher Reife des jungen Menschen, die ganz verschieden eintritt — es gibt gereifte mit 14 und solche, die mit 18 erst diesen Grad erreicht haben —, erhebt sich die Frage: Enthaltsamkeit? Die Beantwortung dieser Frage kann für uns Sozialisten, die wir Gegner der Unmoral der derzeitigen Gesellschaft — die das Fleisch als sündhaft erklärt und es doch nur zu gern genießt — sind, nur vom rein gesundheitlichen Standpunkte erfolgen. Und da sind wir wohl der Meinung, daß es zweckmäßig und der geistigen und körperlichen Ertüchtigung des jungen Menschen förderlich ist, wenn er versucht, möglichst lange enthaltsam zu leben. Es ist keine Schande, wenn ein 20jähriger in puncto Liebe praktisch noch ein unbeschriebenes Blatt ist. Hat er statt unreifer Liebesabenteuer seine Zeit dafür verwandt, die Nase in gute Bücher zu stecken, so hat er dadurch einen Gewinn für sein Leben erzielt, was er nie bereuen wird. Er hat dann, nachdem er sich eine geistige Grundlage geschaffen hat, die ihm das Fortkommen im Daseinskampfe erleichtert, noch genügend Zeit, sich sexuell auszuleben. Lieber später anfangen und lange jung bleiben, als früh zu lieben und mit 30 schon ein Mummelgreis zu sein! Beim Mädchen wird die Grenze vielleicht ohne Schaden etwas früher erreicht sein, aber auch hier ist die 20-Jahr-Grenze noch kein Nachteil.

Wann jemand mit der Enthaltsamkeit aufhören soll, muß immer seiner eigenen Entscheidung vorbehalten bleiben. Einmal wird das eintreten und dann soll der junge Mensch aber auch nicht heucheln, sondern ruhig — aber bei vollem Verantwortungsbewußtsein gegenüber sich und den Menschen, mit denen er Bindungen eingeht — das bejahen, was nun einmal der mächtigste Trieb unseres Erdendaseins ist. Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit, gegenüber dem Nächsten, das fehlt dem Liebesleben unserer heutigen Menschheit in bisweilen geradezu erschütterndem Ausmaß. Man versuche nur einmal die Gerichtsverhandlungen. Schuld daran trägt nicht der Einzelmensch, sondern die Struktur unserer Gesellschaft, die Verhältnisse. Hier kommen wir zu den Fragen des § 218, der die Fruchtabtreibung verhindern will. Das ist unmoralisch, barbarisch in einer Zeit, wo es den Menschen erst in späteren Jahren möglich ist, eine Existenz zu gründen, die die Schaffung von Nachkommen einigermaßen sichert. Die Beseitigung dieses Schandparagraphen ist daher eine Forderung höchster Sittlichkeit und Moral. Im übrigen müssen wir aber beachten, daß eine Freigabe der Abtreibung nun keineswegs das Problem völlig lösen würde. Sie darf mit Rücksicht auf die gesundheitlichen Nachteile häufigerer Anwendung nur in seltensten Fällen erfolgen. Es ist daher notwendig, daß statt dessen vorgebeugt wird. Und wir sind auch jetzt bereits in der Lage, ohne Schädigungen unerwünschte Folgen zu vermeiden. Leider treibt aber gerade auch in dieser wichtigen Angelegenheit die geltende Unmoral wieder ihr Unwesen. Es ist erschreckend, wie wenig derartige Vorbeugungsmittel — die überdies der sicherste Schutz gegen die Geißel der Geschlechtskrankheiten sind — in Anwendung kommen, namentlich bei jungen Leuten. Diese darüber unaufgeklärt zu lassen, ist eine sträfliche Nachlässigkeit schlimmster Art. Hier muß mit der umangebrachten Prüderie aufgeräumt werden. Wieviel Elend könnte bei richtiger Aufklärung unserer Jugend verhütet werden, wieviele Abtreibungs-, Alimenten- und Meineidsprozesse würden verhütet! Statt dessen trieft man vor Sittlichkeit, fordert zur „Reinheit" (als wenn Geschlechtliches unrein sei) auf und — es macht doch jeder, was er will. —

Nun noch ein Wort zur Ehe, die jedoch nur eine, allerdings die zurzeit offizielle Form geschlechtlicher Beziehungen ist. Unsere gesellschaftlichen Verhältnisse sind heute so, daß auch das idealste Verhältnis Prüfungen ausgesetzt wird, die höchste Anforderungen an den einzelnen stellen. So sehr daher in moralischer Beziehung eine Frühehe erwünscht ist, so sehr muß geraten werden, sich vorher genau zu bedenken. Die Ehe ist nicht allein ein irdischer Freudentempel. Eine Ehe, die von Dauer sein will, muß auf seelischen Qualitäten, auf einem geistigen Sichverstehen beruhen, sie muß eine Lebenskameradschaft sein. Nicht schwärmerisch in der „Maienblüte" der ersten Liebe darf man an sie herantreten, sondern mit nüchterner Ueberlegung und ernstester Prüfung. Eine solche Ehe wird allem standhalten, auch wenn bei dem einen oder anderen Partner in sexueller Beziehung Neigungen — als ganz natürliche Erscheinung — auftreten, die bei Dritten Befriedigung suchen. Eine nüchterne, vernunftgemäße Betrachtungsweise wird dann auch das, was Philistern sträflichstes Vergehen erscheint, zu verstehen versuchen. ix.

Zwei Liebende

Der Platoniker:

Bleib fern! Bleib fern!
Ich weiß: Es stirbt die Liebe,
Die tief und rein in meinem Herzen lebt,
Kommst du zu mir,
Gepeitscht vom Sehnsuchtsstriebe.
Sieh die Gefahr, die meiner Liebe droht:
Ich bin ein Mensch.
Es hält vorm Heiligtume
Nicht schwachen Erdenwurmes geile Hand.
Der hohen Liebe zarte Götterblume
Gedeiht nur in der Träume heil'gem Land,
Das nie entweihte
Des Sterblichen verderblich irrer Fuß. —
Der mich erfreute,
Des roten Liebesfernes sel'ger Gruß,
Erstrahle seines Glanzes reine Fülle
Dem Sehnenden ins Herz!
Und sei'sche Hülle
Versinke,
Es verklärt sein Licht
Verzückten Beters Angesicht.

Der Dichter:

O komm! o komm!
Wie auch Gedanken fliegen
Und Sehnsucht trägt,
Ich laß mir nicht genügen
An einem Bild, das nur im Kopf mir lebt.
Ein Mensch bin ich!
Kein Traum kann je ersetzen,
Woran die wachen Sinne sich ergötzen.
In Götterlust das wilde Herz erbebt,
Kann ich mit meinen Armen dich umfangen,
An deinen roten Lippen saugend hangen,
Eins sein mit dir!
Wo Mutter Erde webt
Den Brautkranz, gibt es keine Sünder;
Beseligt finden ihre treuen Kinder
An ihrer Brust die Kraft,
Die sie belebt.

G. H.

Organisatorisches

Die tschechische Jugend gegen den Militarismus.

Die tschechische Regierung hat kürzlich einen Gesetzentwurf über die Einführung einer vormilitärischen Erziehung der Jugend bekanntgegeben. In dem Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß die gesamte Jugend (mit Ausnahme der körperlichen und geistigen Krüppel) vom 18. Lebensjahre bis nach der letzten Assentierung sich einer Wehrvorbereitung unterziehen muß, die 36 Halbtage im Jahre in Anspruch nehmen soll. Gegen diesen Gesetzentwurf haben die deutsche und tschechische sozialistische Jugend in der Tschechoslowakei energischen Kampf eröffnet. Sie haben zunächst in einem gemeinsamen Aufruf die arbeitende Jugend der Tschechoslowakei auf die politischen Absichten der Regierung hingewiesen und zu gemeinsamer energischer Abwehr aufgerufen. Außerdem wurden zum ersten Male gemeinsame Kundgebungen der beiden Jugendverbände gegen das Gesetz beschlossen. Diese Kundgebungen wurden am 17. und 24. [illegible] in allen Teilen der tschechoslowakischen Republik abgehalten.

Kongreß der belgischen Jugend.

Am 31. Oktober und 1. November fand in Brüssel der diesjährige Verbandstag der belgischen Organisation statt. Die Tagung war von 216 Delegierten, die 129 Ortsgruppen vertraten, beschickt. Es bestehen 204 Ortsgruppen mit 10 775 Mitgliedern. In der Diskussion verteidigte de Man und mit Warme und in geschickter Weise die Methoden der sozialistischen Arbeit, wie sie im flämischen Teil der Organisation angewandt werden und forderte die Uebernahme dieser Methoden auch für die Gruppen in dem wallonischen Teil des Verbandes. Am Schluß der Aussprache wurde ein Antrag angenommen, eine besondere Werbewoche für die wirtschaftlichen Forderungen der Organisation, vor allem für Ferien und Lehrlingsschutz und Ausbau der Berufsschulen, durchzuführen. Eine weitere Entschließung forderte die Gruppen auf, durch weitere finanzielle Unterstützungen den streikenden englischen Bergarbeitern zu helfen.

Es kam dann zu einer längeren Diskussion über den Vorschlag der flämischen Gruppen, ein zentrales Jugendorgan des Verbandes herauszugeben. Bisher mußten sich die Jungen Garden begnügen mit einer Jugendbeilage des flämischen und französischen Organs der belgischen Bildungszentrale. Die Entscheidung über den Vorschlag wurde auf ein Jahr vertagt, jedoch besteht bei den flämischen Organisationen die Absicht, ein eigenes Jugendorgan Anfang 1927 herauszugeben. Die Partei- und Gewerkschaftspresse wurde aufgefordert, die Jugendbeilagen auszubauen.

Einige Gruppen aus der Brüsseler Umgebung erhoben Einwendungen gegen die Haltung der Internationale in der Frage der Russlandedelegation und der Einheitsfront. Die Konferenz beschloß, an der Deckung des Defizits des internationalen Jugendtages mitzuhelfen. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Debatte über den Vorschlag einer Zentralisation der gesamten belgischen sozialistischen Jugendbewegung, Kinderfreunde, Turn- und Sportorganisationen und Jungen Garden. Es soll eine zentrale Organisation mit einem zentralen Sekretariat eingerichtet werden. Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und Krankenkassen wollen den größten Teil der entstehenden Kosten übernehmen, verlangen aber eine größere finanzielle Leistung der Jungen Garden und eine systematischere Zusammenarbeit der verschiedenen Jugendorganisationen. Der Kongreß beschloß, zur endgültigen Entscheidung über die Angelegenheit einen besonderen Kongreß aller in Frage kommenden Organisationen im Frühjahr 1927 abzuhalten. Eine außerordentliche Konferenz wird sich im Februar oder März mit der Stellung zum Militarismus und dem Verhältnis der Jugend zur Partei beschäftigen.

Einige Gruppenführer aus der Umgebung von Brüssel hatten Beschlüsse der Verbandsleitung in bezug auf das Verhalten zu den Kommunisten übertreten. Es wurde fast einstimmig beschlossen, die Verbandsleitung zu ermächtigen, mit allen Mitteln, evtl. mit dem Ausschluß gegen derartige Verletzungen der Verbandsdisziplin vorzugehen. — Ohne Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die die Verdammung der militärischen Dienstzeit auf sechs Monate verlangt. Ebenso wurde ein Beschluß gefaßt, der sich gegen die Gründung der besonderen Jugendorganisationen durch die Gewerkschaften wendet. — In die Exekutive der Internationale wurden die Genossen Moyaux, de Graeve und Dien gewählt.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Der Arbeitsplan der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Die Werbewoche des Verbandes findet in der letzten Märzwoche 1927 statt. Am 30. April veranstaltet die Jugend nach Möglichkeit Fackelzüge zur Einleitung der Maifeier. Im Laufe des Sommers sollen zentralisierte Kurse stattfinden, während der Hauptvorstand zwei oder drei Auslandsreisen durchführt. Der erste Sonntag im September wird als allgemeiner Spiel- und Sportsonntag des Verbandes festgesetzt.

*

Die „Arbeiter-Jugend" soll ab 1. Januar 1927 in größerem Format, auf besserem Papier gedruckt, reich illustriert, mit 24 Seiten Umfang erscheinen. Der Genosse Kron tritt zum Zeitpunkt dieser Neugestaltung zurück. Der Hauptvorstand ist mit der Neubesetzung beauftragt.

Jungsozialisten

Die „Jungsozialistischen Blätter" erscheinen jetzt nicht mehr im Arbeiterjugendverlag, sondern bei E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30, Gleditschstraße 6.

Die Geschäftsführung der Reichsleitung soll an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit übergehen. Richtlinien sind in Vorbereitung.

Mitteilungen der Redaktion

Wir müssen unseren jungen Freunden einmal ernstlich ins Gewissen reden. Wenn an dieser Stelle zur Mitarbeit aufgefordert wird, dann gilt das nicht etwa irgend jemand auf dem Mars oder Monde, sondern den Mitgliedern aller Gruppen der SAJ., den Jungsozialisten und sozialistischen Studenten unseres gesamten Verbreitungsgebietes. Es wird doch wirklich nicht schwer sein, zu einem gestellten Thema seine Meinung auszudrücken. In druckreife Form werden wir es schon selbst bringen. — Für die Januar-Beilage stellen wir das Thema: Sozialistische Kultur. Beiträge müssen bis Weihnachten in unserem Besitze sein.

Jugendschriften

Hendrik de Man: „Der Sozialismus als Kulturbewegung." Berlin 1926. Arbeiterjugend-Verlag. Berlin SW. 61. Belle-Alliance-Platz 8. Preis kart. 1 Mk.

Vor einiger Zeit entstand in der jungsozialistischen Bewegung eine lebhafte Diskussion über Hendrik de Man und seine Schriften. Allen denen, die nicht in der Lage sind, sich die umfangreicheren Schriften de Mans zu erwerben, aber dennoch Einblick in seine Ideen zu erhalten wünschen, kommt die obige kleine Schrift sehr zustatten. Aber liegen Referate zugrunde, die der Verfasser im Winter vorigen Jahres auf einer hessischen Jugendtagung gehalten hat. de Man unterscheidet zunächst die Frage, was ist Kultur? Kultur ist im ursprünglichen Sinne Formung, Bodengestaltung, und im übertragenen, heutigen Sinne Lebensgestaltung. Die bürgerliche Kultur beruht auf der Geldherrschaft, ihre Kennzeichen sind Egoismus und Unwahrhaftigkeit. Die sozialistische Kultur ist dem schnurstracks entgegengesetzt, sie will das Wohl der Gemeinschaft, de Man erklärt dann, daß man den Satz, daß die Kultur einer Zeit immer die Kultur der herrschenden Klasse sei, nicht so auffassen dürfe, daß man nun warten müßte, bis die sozialistische Gesellschaftsordnung vorwirklicht sei, sondern daß man vielmehr mit einer neuen Lebensgestaltung sofort beginnen müsse, „denn die neuen Verhältnisse können nur das Werk von neuen Menschen sein". Diese Menschen müssen nicht erst geboren werden als eine Widerlegung des marxistischen Fundamentalsatzes: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein." Daran ist natürlich nicht zu rütteln; die de Mansche Auffassung kann man daher nur so verstehen, daß neue Menschen, Menschen, die sich bestimmen, dem sozialistischen Ideal nahezukommen — ganz werden sie es in der Zeit des Kapitalismus nie erreichen —, auf die bestehenden Verhältnisse im Sinne einer Beschleunigung der Entwicklung zum Sozialismus einwirken müssen. Von hohem Interesse sind weiter die Ausführungen de Mans über die Gefahr der Verspießerung des Proletariats, über die zwei Seelen in der Arbeiterbewegung, den Magen- und den Gewissenssozialismus und die materielle Sättigung des Proletariats als Vorbedingung zum Aufstieg zu einer höhern Kultur. Ein Studium dieser Schrift ist sehr zu empfehlen. Ht.

Rasch von hinnen flieht der Tag des Menschen,
eine kurze Spanne: dem vergeht er.
der geschwelgt in eitler Lust, wie jenem,
der entsagt. Der Tod erwartet alle. (Die Abassiden.)

*

Strebe nach deutlichen Begriffen über alles. Gib keine Wissenschaft ganz auf, denn die Wissenschaft ist nur eine.

August v. Platen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192612 07-12/fragment/page=0008